

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

2

Otto Pflanze

**Bismarcks Herrschaftstechnik
als Problem der
gegenwärtigen Historiographie**

München 1982

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Theodor Schieder
in Verbindung mit
Gordon A. Craig, Horst Fuhrmann, Alfred Herrhausen, Christian Meier,
Horst Niemeyer, Gerhard A. Ritter, Karl Stackmann und Rudolf Vierhaus
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich die Aufgabe gesetzt, Gelehrten aus dem Bereich der historisch orientierten Wissenschaften, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, während eines Kollegjahres die Möglichkeit zu bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Zu diesem Zweck vergibt die Stiftung Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellen soll. Professor Dr. Otto Pflanze (Bloomington/USA) war – zusammen mit Professor Dr. Heinrich Lutz (Wien) – Stipendiat des Historischen Kollegs im ersten Kollegjahr (1980/81). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Otto Pflanze aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie“ am 25. Mai 1981 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 234, Heft 3, 1982, S. 561–599) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre getragen und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft treuhänderisch verwaltet.

HISTORIKER haben zu allen Zeiten mit dem Problem gekämpft, einen Ausgleich zu finden zwischen Besonderem und Allgemeinem, Individuellem und Generellem. Sie haben sich stets bemüht, einzelne Gedanken, Taten und Ereignisse nicht nur zu entdecken, sondern zugleich so zu strukturieren, daß sie dem historischen Ablauf Transparenz, Bedeutung und Sinn verleihen. Das Sammeln historischer Fakten um ihrer selbst willen mag eine für mittelalterliche Mönche lobenswerte Beschäftigung gewesen sein. Modernen Historikern dient sie wohl kaum noch als hinreichende Rechtfertigung ihrer Forschungstätigkeit. Andererseits sind und waren die Historiker aber auch kaum in der Lage, sich die Philosophen zum Vorbild zu nehmen, die für sich immer das Vorrecht in Anspruch genommen haben, Strukturen aus logischen Zusammenhängen ohne oder nur mit geringem Realitätsbezug abzuleiten. Irgendwo zwischen diesen beiden Extremen – den auf die bloße Ereignisgeschichte hin orientierten Chronisten auf der einen Seite und den auf abstrakte Sy-

*) Dieser Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines öffentlichen Vortrages vom 25. Mai 1981, der in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom Autor als Stipendiat der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft gehalten wurde.

Für ihre der Überarbeitung des Manuskriptes zugute kommende Kritik dankt der Autor besonders den Herren Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, Prof. Allan Mitchell und Priv. Doz. Dr. Klaus Tenfelde. Für ihre technische Hilfe sei Fräulein Mechthild Albus und Herrn Helmut Preuß gedankt.

Den Vortrag übersetzten Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner und Frau Marianne Hopmann.

steme fixierten Philosophen auf der anderen Seite – sind die modernen Historiker und Sozialwissenschaftler angesiedelt. Sie schwan-ken im Einklang mit ihren persönlichen Vorlieben oder mit den Mo-derrichtungen und Normen ihrer Disziplin in die eine oder andere Richtung. Sie sind wie Monde, die konkurrierende Planeten umkrei-sen, und dabei durch die Anziehungskraft entgegengesetzter Gravi-tationsfelder nicht selten in exzentrische Umlaufbahnen gezwungen werden.

In jüngerer Zeit haben sich die Historiker – um das Bild weiter zu führen – mehr der Planetenbahn der Sozialwissenschaften genäh-ert. Von ihnen und ihren Methoden haben sie gelernt, wie wertvoll es sein kann, sich in der vergleichenden Geschichtsforschung der Hilfe von Modellen zu bedienen, und wie nützlich es ist, nach Strukturen zu suchen, die unter der Oberfläche dessen liegen, was sich dem unkritischen Beobachter als Realität darstellt. Zweifellos haben die Sozialwissenschaften mit ihrem Methodeninstrumenta-rium dazu beigetragen, dem Menschen die alte Suche nach Sinn und Zweck der Geschichte zu erleichtern. Aber es stellt sich doch auch die Frage, ob sie nicht gleichzeitig die Gefahr eines erneuten Abgleitens ins magnetische Feld der Generalisierung heraufbe-schworen haben, wie das bereits während der Aufklärung und des deutschen Idealismus der Fall war, und ob wir, die Historiker, bei unreflektierter Übernahme dieser Methoden nicht Gefahr laufen, den Kontakt mit dem Feld der Empirie zu verlieren. Steuern wir nicht einem neuen Idealismus entgegen, wenn wir Modelle schaf-fen, die mit Fakten unzulänglich abgesichert sind – immanent lo-gisch zwar in ihrem ideellen Aufbau aber ohne ausreichende empiri-sche Fundamente, die sie verbinden und erklären sollen?

Es ist nicht meine Absicht, die Auseinandersetzung zwischen der „Bielefelder Schule“ und ihren Kritikern durch Kommentare meinerseits neu aufleben zu lassen¹⁾. Diese Diskussion scheint weit-

¹⁾ Bedeutende Veröffentlichungen zu dieser Diskussion sind: H.-U. Wehler, *Das deutsche Kaiserreich. 1871–1918*, Göttingen 1980⁴, im folgenden zitiert: Wehler, *Kaiserreich*; W.J. Mommsen, *Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914*, in: *Central European History* 6 (1973) 3–43; H.-G. Zmarzlik, *Das Kaiserreich in neuer Sicht?*, in: *Historische Zeitschrift* 222 (1976) 105–126; K. Hildebrand, *Geschichte oder „Gesellschafts-geschichte“?*, in: *Historische Zeitschrift* 223 (1976) 328–357; L. Gall, *Bismarck und der Bonapartismus*, in: *Historische Zeitschrift* 223 (1976) 618–632, zi-tiert im folgenden: Gall, *Bismarck und der Bonapartismus*; dazu im größe-ren Rahmen einer Biographie: L. Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*,

gehend ausgelaufen zu sein. Die Kontrahenten haben ihr Terrain abgesteckt und ausgebaut; sie haben Angriff mit Gegenangriff beantwortet. Aber akademische Kriege werden nie wirklich gewonnen oder verloren; sie enden, weil die Munition verschossen ist oder die Truppen erschöpft sind. Und es ist auch nicht meine Absicht, die Diskussion über tatsächliche oder vermeintliche Strukturfehler der deutschen gesellschaftlichen Entwicklung, über die Spannung zwischen Traditionalismus und Modernismus, über Kontinuität oder Diskontinuität in der deutschen Geschichte weiterzuführen²⁾.

Mein Vortrag beschäftigt sich mit Problemen, die in diesen Diskussionen nicht genügend behandelt worden sind, insbesondere mit bestimmten Modellen und Erklärungsversuchen, die Historiker – meiner Ansicht nach auf etwas unkritische Art und Weise – gebrauchen, um Bismarcks Herrschaftstechnik zu beschreiben. Ich beziehe mich auf jene Modelle, die man „Negative Integration“, „Sammelpolitik“, „Bonapartismus“ und „Sozialimperialismus“ nennt. Bis vor 20 Jahren waren diese Begriffe – mit Ausnahme des Terminus „Bonapartismus“ – in der deutschen historischen Literatur über die Bismarckzeit unbekannt. Jetzt allerdings werden sie häufig und in den verschiedensten Zusammenhängen verwendet. Sie sind eine Art Kurzschrift geworden, die es den Historikern erlaubt, wenig zu sagen und viel zu meinen.

Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1980, 182 f.; T. Nipperdey, Wehlers Kaiserreich, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975) 539–560 und in: T. Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, Göttingen 1976, 360–389; W. Conze, *Zur Sozialgeschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik*, in: *Neue Politische Literatur* 21 (1976) 511–513; V. R. Berghahn, *Der Bericht der Preußischen Oberrechnungskammer. Wehlers Kaiserreich und seine Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976) 125–135; H.-U. Wehler, *Kritik und kritische Antikritik*, in: *Historische Zeitschrift* 225 (1977) 347–384.

²⁾ Kaum waren diese Zeilen entworfen, als das Donnern der Kanonen wieder anfing. Vgl. D. Blackbourn und G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt/Main 1980; H.-U. Wehler, „Deutscher Sonderweg“ oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus? Zur Kritik an einigen „Mythen deutscher Geschichtsschreibung“, in: *Merkur* 35 (Mai 1981) 478–487; G. Eley, Antwort an Hans-Ulrich Wehler, und H.-U. Wehler, Rückantwort an Geoff Eley, in: *Merkur* 35 (Juli 1981) 757–759; H. A. Winkler, *Der deutsche Sonderweg: Eine Nachlese*, in: *Merkur* 35 (August 1981) 793–804; J. C. G. Röhl, *Introduction*, in: J. C. G. Röhl und Nicolaus Sombart (Hg.), *Kaiser Wilhelm II, New Interpretations*, Cambridge 1981, 1–19.

Betrachten wir zuerst die Ursprünge und die Entwicklung des Modells „Negative Integration“. Es scheint in den historischen Wortschatz durch zwei Arbeiten über die sozialdemokratische Partei Eingang gefunden zu haben; die eine Arbeit stammt aus der Feder des amerikanischen Soziologen Günther Roth, der Verfasser der anderen ist der deutsche Historiker Dieter Groh³). In beiden Arbeiten stand der Begriff „Negative Integration“ für ein Modell, das das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Minderheit erklären sollte, wenn diese Minderheit politisch und sozial geächtet war, wie in diesem Fall die deutsche sozialdemokratische Partei des 19. Jahrhunderts. In jüngeren Arbeiten kehrt sich die Blickrichtung um. So – in dieser neuen Version – verwendet, beschreibt der Ausdruck die für eine Mehrheit verbindende Wirkung einer gemeinsamen Furcht, entweder vor einer Minderheit im eigenen Staat oder vor einem ausländischen Feind, eine Furcht, die in beiden Fällen künstlich erzeugt ist und von einem Staatsmann oder einer Regierung geschickt ausgenützt werden kann. Das Modell wurde in dieser Form erstmals von dem Deutsch-Amerikaner Wolfgang Sauer in seinem 1962 veröffentlichten Aufsatz mit dem Titel „Das Problem des deutschen Nationalstaates“ beschrieben. Sauer's Aufsatz ist reich an Ideen und Anregungen, das Werk eines geistreichen Historikers⁴). Die beiden Absätze dieses Aufsatzes, die Bismarcks Herrschaftstechnik behandeln, sind von anderen Historikern so oft positiv zitiert worden, daß man ohne Übertreibung sagen kann, sie haben die Interpretation der neueren deutschen Geschichte entscheidend beeinflußt. Die entscheidende Passage in Sauer's Aufsatz lautet: „Die Funktion der Risikopolitik im Bismarckschen System von 1864 bis 1871 war es gewesen, die innere Krise durch Ableitung nach außen wenn nicht zu überwinden, so doch zu neutralisieren und die Spannungen wenigstens zeitweise zu dämpfen. Wie konnte man aber eine Dämpfung der inneren Spannungen erwarten, wenn man sie durch einen in-

³) G. Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working Class Isolation and National Integration*, Totowa N.J. 1963; D. Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/Main 1973.

⁴) Der Aufsatz von Sauer wurde zweimal neu veröffentlicht in der Reihe *Neue Wissenschaftliche Bibliothek*: H. Boehme (Hg.), *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1873*, Köln 1968, 448–479, im folgenden zitiert: Boehme, *Reichsgründungszeit*; H.-U. Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1973, 407–436, im folgenden zitiert: Wehler, *Sozialgeschichte*.

nenpolitischen Kampfkurs verschärfte? Oder anders ausgedrückt: Wie konnten innere Konflikte integrierende Funktion gewinnen, obwohl sie doch normalerweise desintegrierend wirken? Das Paradoxon läßt sich indessen auflösen, allerdings nur unter Berücksichtigung des Bismarckschen Genies. Falls nämlich der Konflikt mehrseitig ist, das heißt nicht nur eine, sondern zwei oder mehr Fronten bestehen (und das war im kaiserlichen Deutschland der Fall), so läßt sich unter Umständen die Mehrheit der widerstreitenden Kräfte unter einer Fahne sammeln und gegen die Minderheit führen, vorausgesetzt, daß diese stark genug ist, als ernsthafte Gefahr für alle übrigen zu erscheinen, und doch zu schwach, um es wirklich zu sein. Auf diese Weise sieht sich die Mehrheit einem freilich fragwürdigen Integrationsprozeß ausgesetzt, und selbst die Minderheit unterliegt einer Art sekundärer Integration; denn obwohl bekämpft, wird sie doch gezwungen, auszuhalten.“⁵⁾

Seit der Veröffentlichung dieses Aufsatzes neigen Historiker dazu, die Sauer'sche Version des Modells „Negative Integration“ und die Roth-Groh-Version „sekundäre Integration“, festzuschreiben, die erstere als Integrationsprozeß, den die Mehrheit erlebte, die letztere als Integrationsprozeß, der die Minderheit betraf. Unser Interesse gilt hier ausschließlich der mutmaßlichen Wirkung von Bismarcks Herrschaftstechnik auf die Mehrheit, also der Sauer'schen Version des Modells, die Hans-Ulrich Wehler so neu gefaßt hat: „Bismarck machte sich den uralten sozialpsychologischen Gegensatz von ‚in group‘ und ‚out group‘ zunutze und stilisierte innere Konflikte derart um, daß er eine Mehrheit von ‚reichstreuen‘ Elementen gegen eine Minderheit von ‚Reichsfeinden‘ führen konnte, die zwar als ‚ernsthafte Gefahr‘ erscheinen mußten, das Gesamtsystem aber doch nicht wirklich in Frage zu stellen vermochten.“⁶⁾ Nach dem Sauer-Wehler-Modell hatte Bismarcks angeblich geniale Taktik der „Negativen Integration“ weitreichende Konsequenzen für die deutsche Geschichte. Sein „Simulieren“ internationaler Gefahren – zunächst des politischen Katholizismus, dann des Sozialismus – erlaubte ihm, aufgrund angeblich bedrohter Interessen „rein taktische Bündnisse zu schließen“. Diese Bündnisse wiederum machten es ihm möglich, fundamentale Probleme der Verfassungs-

⁵⁾ W. Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: Boehme, Reichsgründungszeit 468, und in: Wehler, Sozialgeschichte 430.

⁶⁾ Wehler, Kaiserreich 96–97; H.-U. Wehler, Krisenherde des Kaiserreiches. 1871–1918, Göttingen 1970, 137, zitiert im folgenden: Wehler, Krisenherde.

reform zu vertagen und Entwicklungsprozesse vom bürokratischen Absolutismus zur politischen Demokratie zu blockieren.

Das Studium von Herrschaftstechniken ist im Vergleich zur sonstigen politischen Theorie sehr vernachlässigt worden. Dies ist um so erstaunlicher, als der Anfang vor knapp fünfhundert Jahren mit Machiavellis „Il principe“ eigentlich sehr vielversprechend war. Das Sauer-Wehler-Modell wäre ein wichtiger Beitrag für ein solches Studium von Herrschaftstechniken. Es verfügt über eine klar definierte Struktur; seine Teile lassen sich logisch zu einem Ganzen verbinden, es ist plausibel und einleuchtend. Dennoch führt der Aufsatz von Sauer kein einziges Zitat an, das belegen könnte, daß Bismarck selbst tatsächlich die durch das Modell beschriebene Herrschaftstechnik konzipiert und angewandt hat. Wehler stört das Fehlen eines Belegs nicht. In einer an „historische Neotraditionalisten“ gerichteten Fußnote räumte er Einwände folgendermaßen aus dem Weg: „Solche Techniken brauchen keinen schriftlichen Niederschlag zu finden (so daß direkte Quellen fehlen mögen), aber dennoch sind sie aus der in die politischen Verhaltensweisen gleichsam eingebauten Rationalität des Herrschaftsinteresses erschließbar; sie können sich über die Köpfe der Beteiligten hinweg als ‚Response‘ auf einen ‚Challenge‘ durchsetzen und sind dennoch im nachhinein in der Form strategischer Bedürfnisse wie internationales Handeln interpretierbar.“⁷⁾

Die wissenschaftliche Methode, die Wehler hier verteidigt, ist nicht neu. Sie hat in den Sozialwissenschaften eine lange, anerkannte Tradition, und es gibt keinen grundsätzlichen Einwand gegen ihre Anwendung in der Geschichtswissenschaft. Historiker sind stets genötigt, die inneren, aus den Quellen selbst nicht ablesbaren Motivationen historischer Persönlichkeiten anhand ihres äußeren, durch die Quellen belegten Verhaltens zu interpretieren. Das ist ein Grundproblem, das Geschichtsphilosophen stets bewegt hat. Das Modell ist nur ein anderes Instrument, das Historiker zur Bewältigung dieser Probleme entwickelt haben. Wenn wir das Modell auf

⁷⁾ Wehler, Kaiserreich 247, Anmerkung 25. Es fehlt uns nicht an Aussagen von Bismarck selbst über seine Herrschaftstechnik. Nach seiner Entlassung 1890 hat er sich verschiedentlich über das Wesen politischen Handelns und die Methoden praktischer Politik geäußert. Vgl. Otto Pflanze, Bismarck's Realpolitik, *The Review of Politics* 20 (1958), 492–514, auch in: Lothar Gall (Hg.), *Das Bismarckproblem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, Neue Wissenschaftliche Bibliothek: Geschichte, 42, Köln 1971, 218–238.

seine Tragfähigkeit hin überprüfen, müssen wir es den gleichen empirischen Tests unterwerfen, die wir zur Bewertung anderer Hilfsmittel anwenden. Entsprechen bei näherer Untersuchung die funktionalen Beziehungen des Modells tatsächlich dem nachprüfbareren Verhalten der Person oder der Personen? Wenn die Motivation, die das Modell liefert, der Motivation, die die Person oder die Personen selbst angeben, widerspricht, ist zu fragen, welche Interpretation die zuverlässigere sei.

Bismarck war Zeitgenossen gegenüber in seinen privaten und öffentlichen Stellungnahmen zu seinen politischen Maßnahmen und Absichten und, in späteren Jahren, auch im Blick auf seine Motive und Ziele in bestimmten Situationen erstaunlich offen. Für Besucher war seine Offenheit häufig Anlaß zur Verwunderung, für Historiker Anlaß zur Freude. Aber wir müssen uns nicht auf das beschränken, was Bismarck selbst gesagt hat. Historiker haben in langer Forschungsarbeit eine Flut von Informationen über die Bismarckzeit zusammengetragen, die wahrscheinlich umfangreicher ist als für jede andere Periode deutscher Geschichte. Es mangelt uns deshalb nicht an Informationen, um die Tauglichkeit der Hypothesen des Modells über Bismarcks Herrschaftstechnik zu testen. Die Frage für uns ist deshalb nicht, ob das Modell in seinen funktionalen Bezügen immanent logisch ist, sondern, ob seine Logik den „strategischen Bedürfnissen wie dem intentionalen Handeln“ (Wehler) Bismarcks selbst entspricht. Kurzum: war die Logik des Modells auch diejenige Bismarcks?

Das Sauer-Wehler-Modell der „Negativen Integration“ wirft zwei grundsätzliche Fragen auf: 1) Hat Bismarck den Krieg von 1866 inszeniert, um Preußen zu vergrößern und ihm den Führungsanspruch in Deutschland zuzusichern, oder, um den preußischen Verfassungskonflikt zwischen Krone und Parlament zu beenden, der mit seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten 1862 begonnen hatte? 2) Hat Bismarck den Kulturkampf der Jahre nach 1871 und die antisozialistische Kampagne der Jahre 1878 aus rein taktischen Motiven geführt oder aber aus der Überzeugung, daß politischer Katholizismus und sozialistische Subversion aktuelle Gefahren für Staat und Gesellschaft seien?

Wenn die Geschichte eine empirische Disziplin bleiben soll, so müssen Historiker bei der Suche nach Antworten auf solche konkreten Fragen den Quellen Beachtung schenken.

Sehen wir uns die Belege an, die sich auf das erste der beiden

Probleme beziehen, die das Modell „Negative Integration“ aufwirft. Quellenmaterial, das seit nahezu einem Jahrhundert bekannt ist, zeigt zweifelsfrei, daß Bismarck seine Aggressionspolitik gegenüber Österreich und die Methode zu ihrer Durchführung bereits in den fünfziger Jahren konzipiert hatte, Jahre vor Ausbruch des Verfassungskonflikts von 1862–1866. Ist es aber möglich, daß er, wie das Modell nahelegt, nach vierjährigem Streit mit dem Parlament im Jahre 1866 seine Haltung geändert und entschieden haben könnte, daß zur Beilegung des innenpolitischen Konflikts ein Krieg gegen Österreich notwendig sei?

In der entscheidenden Kronratsitzung vom 28. Februar 1866 legten sowohl der König als auch Bismarck die Kriegsmotive ausschließlich im Sinne der Außen-, nicht der Innenpolitik dar. Ein kurzer Auszug aus Bismarcks Erklärungen vermittelt die ganze Kraft ihres Arguments: „Preußen sei die einzige lebensfähige politische Schöpfung, die aus den Ruinen des alten deutschen Reiches hervorgegangen sei und hierauf beruhe sein Beruf, an die Spitze von Deutschland zu treten. Österreich habe das nach diesem Ziele gerichtete natürliche und wohlberechtigte Streben Preußens aus Eifersucht von jeher bekämpft, indem es die Führung Deutschlands, obwohl selbst dazu unfähig, Preußen nicht gegönnt habe... Die ganze historische Entwicklung der deutschen Verhältnisse, die feindselige Haltung Österreichs treibe uns dem Kriege entgegen. Es würde ein Fehler sein, ihm jetzt aus dem Wege zu gehen.“ Das offizielle Protokoll des Kronrates enthält nur einen einzigen Hinweis auf den schwelenden Verfassungskonflikt als Kriegsgrund: „Auf der anderen Seite wurde auf den vorteilhaften Einfluß hingewiesen, welchen ein kräftiges Auftreten nach außen und ein für die Ehre Preußens unternommener Krieg auf die Lösung des inneren Konfliktes ausüben würde.“⁸⁾ In neueren Arbeiten haben Historiker angenommen, daß diese Bemerkung entweder von Bismarck selbst stammt oder zumindest von ihm gutgeheißen wurde.⁹⁾ Wir besitzen aber zwei

⁸⁾ Historische Reichskommission. Die Auswärtige Politik Preußens 1850–1871, Berlin 1932–1939, Bd. 6, 611–615, zitiert im folgenden: Historische Reichskommission.

⁹⁾ M. Stürmer, Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880, Düsseldorf 1974, 34, zitiert im folgenden: Stürmer, Regierung und Reichstag; F. Stern, Gold and Iron. Bismarck, Bleichröder and the Building of the German Empire, New York 1977, 70. I. Geiss vertritt eine ähnliche Position, aber ohne den Kronrat zu berücksichtigen. Vgl. I. Geiss, Sozialstruktur und

weitere Aufzeichnungen, die das, was während jener Kronrats-sitzung am 28. Februar besprochen wurde, wiedergeben. Die eine stammt von Moltke, die andere von Kultusminister Mühler.

Beide zeigen nicht nur, daß die oben zitierte Bemerkung von Innenminister Eulenburg stammt, sondern auch, daß Bismarck daran Anstoß nahm. Sie war sogar die einzige Bemerkung während der Ratssitzung, auf die er sich zu antworten genötigt fühlte. Moltke schrieb: „Graf Bismarck bemerkt, daß die inneren Zustände einen Krieg nach außen nicht nötig machen, wohl aber noch hinzutreten, um ihn günstig erscheinen zu lassen.“¹⁰⁾ Mühlers Version lautet: „Bismarck verwahrt sich dagegen, daß die inneren Fragen Motiv des Krieges sein können, ihre Lösung mag Frucht desselben sein.“¹¹⁾

Während er außenpolitische Erfolge zur Überwindung der innenpolitischen Krise und zur Dämpfung der Forderung nach parlamentarischer Macht nutzte, lehnte Bismarck in seinen eigenen direkten Aussagen zum entscheidenden Zeitpunkt im Jahre 1866 diese als adäquaten Kriegsgrund ab. Diejenigen, die auf dem Primat der Innenpolitik als Erklärung für die Kriege von 1864, 1866 und 1871 bestehen, haben diese widersprechenden Belege außer acht gelassen.

Gewiß sind auch hier kritische Fragen angebracht: Hatte Bismarck einen tieferen Grund, sein eigentliches Motiv dieser Versammlung von Prinzen, Generälen und Ministern gegenüber, die bei dieser Gelegenheit speziell vom König auf Geheimhaltung vereidigt worden waren, zu leugnen? Hatte er einen geheimen Grund für seine Reaktion auf Eulenburgs Bemerkung, die er einfach hätte ignorieren können, da sie seine eigene Position zugunsten eines Krieges unterstützte? – Ich sehe keinen Grund dafür, andere Motive zu suchen als die, die ohnehin offenkundig sind. Bismarck fand Eulenburgs Bemerkung frivol. Krieg war ein viel zu gefährliches Unternehmen, viel zu unkalkulierbar in seinem Verlauf und in seinen Konsequenzen, als daß man sich zur Bewältigung eines innenpolitischen Problems darauf einlassen konnte. Diese Antwort stimmt überein mit vielen anderen Äußerungen Bismarcks über den Cha-

imperialistische Disposition im Zweiten Kaiserreich, in: K. Holl u.G. List, *Liberalismus und imperialistischer Staat*, Göttingen 1975, 53. Dies gilt auch für Wehler, der allerdings nicht Bismarck, sondern J. Burckhardt zitiert, um seinen Standpunkt zu beweisen. Vgl. Wehler, *Kaiserreich* 35–36.

¹⁰⁾ Historische Reichskommission, Bd. 6, 618.

¹¹⁾ W. Reichle, *Zwischen Staat und Kirche*, Berlin 1938, 171.

rakter von Kriegen und über die Notwendigkeit, die Außenpolitik von innenpolitischen Einflüssen freizuhalten – Äußerungen, die so bekannt sind und in der älteren historischen Literatur so häufig zitiert worden sind, daß sie hier nicht angeführt zu werden brauchen.

Wenden wir uns nun dem zweiten Kernproblem des Sauer-Wehler-Modells zu, der Annahme, daß, als die äußeren Feinde besiegt waren, ein innenpolitischer Ersatz, ein neues Feindbild also, simuliert werden mußte. Wiederum müssen wir fragen, ob die Logik des Modells der Logik Bismarcks entspricht.

Dem Modell zufolge war der Kulturkampf für Bismarck bloß eine politische Taktik, eine Kampagne gegen Zentrum und katholische Kirche, einzig und allein um ihres integrierenden Effektes auf andere politische Parteien resp. Gesellschaftsschichten willen. Diese Annahme übersieht völlig die seit langem gewonnene Erkenntnis, daß Bismarck in den Jahren vor 1871 in der Tat nachhaltig und zunehmend betroffen war von der oppositionellen Haltung der katholischen Kirche zur Vereinigung Deutschlands unter preußischer Führung und von der Rolle der katholischen Bischöfe bei der Unterstützung des polnischen Nationalismus in den preußischen Ostprovinzen. Über Jahre hinweg behauptete Bismarck immer wieder, daß der Ursprung des Kulturkampfes in der polnischen Frage läge¹²). Zur Zeit der Revolution von 1830–1831 (einschließlich des Polenaufstands) war Bismarck 15 Jahre alt, ein Alter, in dem man leicht zu beeindrucken ist. Von da an beschäftigte ihn sein Leben lang keine Frage mehr als die nach der Wirkung des polnischen Nationalismus auf die Stabilität der preußischen Ostgrenze. Im Jahre 1848 bezog er heftig Stellung gegen den Antrag auf polnische Autonomie innerhalb des preußischen Staates. Im Jahre 1863 befürchtete er, Rußland könne an der Aufgabe, Kongreßpolen zu regieren, verzweifeln und sich einfach zurückziehen, so daß die Polen sich selbst überlassen blieben. Ein unabhängiges Polen, so argumentierte er, würde sich unweigerlich mit Frankreich verbünden und eine Wie-

¹²) Beispiele dieser häufig wiederholten Feststellung in: H. Kohl (Hg.), Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, Stuttgart 1892–1894, Bd. 10, 294 und Bd. 11, 433, zitiert im folgenden: Bismarck, Politische Reden; H. v. Poschinger (Hg.), Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Breslau 1894, Bd. 2, 185; O. v. Bismarck, Die Gesammelten Werke (hg. v. H. v. Petersdorff u. a.), Berlin 1923–1933, Bd. 6c, 236–240, 266–268, im folgenden zitiert: Bismarck, Gesammelte Werke.

derherstellung der Grenzen von 1772 anstreben. Doch befürchtete er auch, daß die Österreicher durch Gewährung einer größeren Autonomie gegenüber ihrer polnischen Bevölkerung zu derselben Entwicklung beitragen könnten¹³). Der einzige Weg, die Ostgrenze zu stabilisieren, schien die Germanisierung der ethnischen Minderheiten zu sein. In den Jahren 1865 und 1866 drängte Bismarck seine Kollegen, durch Herstellung neuer wirtschaftlicher Verbindungen (Bankwesen und Eisenbahn) Posen in Preußen zu integrieren. Durch solche Verbindungen erhoffte er sich „die in politischer Hinsicht so wünschenswerte allmähliche Germanisierung des Großherzogtums Posen“, weil sie „die schnellsten und sichersten Wege sind, auf welchen deutsche Kultur und mit dieser deutsche Gesinnung dort sich einbürgern“¹⁴).

Dokumente, die bereits seit langem veröffentlicht sind, zeigen, daß Bismarck während der Jahre zwischen den Kriegen von 1866 und 1870 zunehmend von drei Eindrücken beunruhigt wurde: 1) der sich zur Gewißheit steigernden Befürchtung, daß in den östlichen Provinzen der Gebrauch der polnischen Sprache auf Kosten der deutschen zunehme; 2) daß die katholischen Geistlichen in ihrer Eigenschaft als Schulinspektoren für diese Entwicklung verantwortlich seien und 3) daß Preußen und der Norddeutsche Bund zur Zielscheibe einer feindseligen Kampagne würden, die die klerikale Presse allenthalben inszeniere „in Österreich wie in Frankreich, in Württemberg wie in Bayern“¹⁵). Während des Krieges 1870 stand die polnische Bevölkerung Preußens ganz auf seiten Frankreichs. Truppen mußten in Posen stationiert werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. In der Gründung der Zentrumspartei nach dem Krieg sah Bismarck eine „Mobilisierung gegen den Staat“¹⁶). Das

¹³) O. Pflanze, *Bismarck and the Development of Germany: The Period of Unification 1815–1871*, Princeton 1963, 186–187.

¹⁴) Bismarck, *Gesammelte Werke*, Bd. 5, 69–70; H.v. Poschinger, *Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck*, Berlin 1890, Bd. 1, 74.

¹⁵) Bismarck, *Gesammelte Werke*, Bd. 6, 185, Bd. 6a, 344–349, Bd. 6b, 59–60, 141–142, 290–291, 295–296 und Bd. 14, 754.

¹⁶) A. Constabel (Hg.) *Die Vorgeschichte des Kulturkampfes*, Berlin 1956, 19–21; In einem vertraulichen Bericht nach Berlin erklärte die Bezirksregierung in Posen am 16. 8. 1880: „Dass die Herzen der hiesigen polnischen Bevölkerung im Grossen und Ganzen sich in dem ausgebrochenen Kriege der Sache Frankreichs zuwendeten, kann von niemand bezweifelt werden, welcher mit hiesigen Verhältnissen bekannt ist.“ (Das Zentralarchiv der Deutschen Demokratischen Republik, Merseburg, Zivilkabinet 2.2.1, Nr. 16 748, Bl. 14–15).

ließ es um so gebotener erscheinen, etwas gegen das sich ausbreitende polnische Nationalgefühl, gegen die polnische Geistlichkeit und gegen den Ultramontanismus allgemein zu unternehmen. Sicherlich spielte das Auftreten der Zentrumsparlei in den Jahren 1870–1871 und ihr anfänglicher Versuch, die deutsche Außenpolitik zu beeinflussen, bei Bismarcks Entschluß, den Kulturkampf zu beginnen, eine bedeutende Rolle. Es war jedoch nur das letzte Glied in der Kette von Ereignissen und Reaktionen, die dieses Ergebnis herbeiführten. Davon auszugehen, daß der Kulturkampf lediglich ein geschickter Schachzug in einer Strategie der „Negativen Integration“ gewesen sei, hieße, Bismarcks schon lange bestehende und hinreichend belegte Sorge um die polnische Frage und die Stabilität der Ostgrenze außer acht zu lassen, eine Sorge, die sein Denken während der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, nach seiner Kursänderung im Kulturkampf und nach Einstellung seiner Attacke auf den politischen Katholizismus, weiterhin beherrschte¹⁷⁾.

Damit aber ist die Frage nach Bismarcks Absichten während des Kulturkampfes noch nicht völlig beantwortet. Die Motive, die Bismarck im Modell „Negative Integration“ zugeschrieben werden, reichen nicht hin, um die Gründe für den Kulturkampf zu erklären. Wahr ist zwar, daß er – bei absichtsvoller Forcierung der Gegensätze zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden – später versuchte, die Majorität, die für die Mai-Gesetze stimmte, auch für andere politische Ziele einzusetzen. Bismarck wäre nicht Bismarck gewesen, hätte er nicht versucht, die kämpferische Stimmung der Kulturkampfmehrheit für andere Zwecke auszunutzen. Aber dies war wenig erfolgreich und blieb als solche nur eine Taktik unter anderen. In den siebziger Jahren war die preußische und deutsche parlamentarische Entwicklung nicht bestimmt durch feste, sondern durch wechselnde Mehrheiten. Die Majorität, die in Preußen die Kulturkampf-Gesetze trug, bestand aus Freikonservativen, Nationalliberalen und Fortschrittlichen, diejenige, die die Militäretats (Triennat 1871, Septennat 1874) verabschiedete, aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen. Die Mai-Gesetze bewirkten die endgültige Entfremdung der Altkonservativen des Preußischen

¹⁷⁾ Vgl. insbesondere den wichtigen Beitrag von K. J. Bade: „Kulturkampf“ auf dem Arbeitsmarkt: Bismarcks „Polenpolitik“ 1885–1890, in: O. Pflanze (Hg.) Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, voraussichtliche Veröffentlichung 1982, zitiert im folgenden: Pflanze, Innenpolitische Probleme.

Landtags von der Regierung Bismarcks. Obwohl die Fortschrittlichen die Kulturkampf-Gesetze unterstützten, führten sie dennoch ihren Kampf für die parlamentarischen Budgetrechte und für andere liberale Ziele fort. Bei den Mai-Gesetzen waren die Fortschrittlichen „Reichsfreunde“ und die Konservativen „Reichsfeinde“. Beim Militärhaushalt waren die Rollen vertauscht. Irreführend ist deshalb die Vorstellung, der Kulturkampf habe die politischen Kräfte Deutschlands in zwei Lager, eine „in group“ und eine „out group“ in allen wichtigen Fragen geschieden.

Daß Bismarck taktische Ziele im Sinn hatte, als er 1878 den Reichstag des Sozialistengesetzes wegen auflöste, ist offenkundig. Und dennoch irrt das Modell „Negative Integration“, wenn es annimmt, daß seine Ziele *nur* taktischer Natur waren. Bismarcks frühe und zunehmende Betroffenheit über Unzufriedenheit bei den Arbeitern und über sozialistische Subversion ist seit langem bekannt. Betrachten wir zum Beispiel nur seine Gespräche mit Lasalle 1863, sein Experiment mit einer Handwerker-genossenschaft in Wüste-giersdorf, seine lange Verbindung mit Hermann Wagener, sein Interesse an den Kathedersozialisten, seine Befürwortung von Enquêtes über Arbeiterverhältnisse in den siebziger Jahren und seine wiederholten Versuche nach 1872, die legalen Vollmachten der Polizei, der Staatsanwälte und der Richter zu vergrößern, um damit die sozialistische Agitation in der Presse und im Vereinswesen zu unterdrücken. Seine Forderungen innerhalb der Regierung nach einem Ausnahmegesetz gegen sozialistische Subversion lassen sich bis in die Jahre 1874/75, also bis zum Höhepunkt des Kulturkampfes, zurückverfolgen. Die Gesetzesvorlagen der Regierung für das Pressegesetz von 1874 und die Strafgesetznovelle von 1876 enthalten Klauseln, die den Charakter von Ausnahmegesetzen haben. Lange vor 1878 klagte Bismarck wiederholt über die Ineffektivität der geltenden Gesetze für eine Unterdrückung der sozialistischen Bewegung. Dem Kulturkampf vergleichbar, hatte auch die antisozialistische Kampagne der Jahre 1878 bis 1890 den Charakter eines innerdeutschen „Präventivkrieges“. Die Furcht vor einer unsicheren Zukunft, die Kulturkampf und Sozialistengesetzgebung auslöste, war fraglos echt, nicht simuliert.

Ebensowenig wie der Kulturkampf teilte das Sozialistengesetz Deutschland in eine Mehrheit von Reichstreuen und in eine Minderheit von Reichsfeinden. Auch hier gibt es unverrückbare Tatsachen. Sicher, zwei fehlgeschlagene Attentate und die Neuwahl des

Reichstages 1878 verhalfen Bismarck zu einer Mehrheit für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten, eine Mehrheit allerdings, die bis 1890 alle zwei Jahre zur Verlängerung dieses Gesetzes wieder neu zusammengebracht werden mußte. Wahr ist aber auch, daß jene Revolutionsangst, die zum Sozialistengesetz führte, viel dazu beitrug, Mehrheiten für die Sozialversicherungsgesetze der 80er Jahre zu schaffen. Allerdings ließen sich diese Mehrheiten nicht auf andere, für Bismarck ebenso kritische Bereiche übertragen. Während der Jahre 1881–1887 stand Bismarck einer oppositionellen Mehrheit im Reichstag gegenüber. Jahr für Jahr wurden Steuervorlagen abgelehnt, die Bismarcks Absichten verwirklichen sollten. Das galt für die Aufhebung der *Matrikularbeiträge*, die Einschränkung des parlamentarischen Budgetrechts, die finanzielle Unabhängigkeit des Reichs von den Bundesstaaten und für die finanzielle Abhängigkeit der Bundesstaaten vom Reich. Wenn „Negative Integration“ das Motiv war, so scheiterte sie erbärmlich in den achtziger Jahren, die für Bismarck noch enttäuschender waren als schon die Jahre von 1862–1866. Als er dann schließlich im Jahre 1887 eine kooperative Mehrheit erzielte, gelang ihm dies vielmehr dadurch, daß er sich die Furcht vor Frankreich zunutze machte anstatt die Furcht vor dem Sozialismus. Von allen Episoden der politischen Karriere Bismarcks paßt die Ausnutzung der außenpolitischen Krise von 1887 am besten in das Modell „Negative Integration“. Doch dies war lediglich ein vorübergehender Erfolg, der sich außerdem nicht zur Durchsetzung des Steuerprogramms ausnutzen ließ, das seit 1875 Bismarcks innenpolitisches Hauptziel war. Weder vor noch nach dieser Wahl konnte er sich auf sogenannte „reichstreue Parteien“ stützen, um seine „Steuerreform“ weiterzutreiben.

Festzuhalten bleibt nach alledem, daß das Modell „Negative Integration“ nicht ausreicht, Bismarcks hinlänglich bekannte Absichten während der Jahre 1862–1890 sowie die jeweilige soziale und politische Machtkonstellation in Deutschland während jener Jahre zu erklären.

Wenden wir uns nun einem anderen, in jüngeren historischen Arbeiten über die Bismarckzeit häufig verwendeten Modell zu: dem der „Sammlungspolitik“. Der Ausdruck scheint von Johannes Miquel geprägt worden zu sein, als der preußische Finanzminister 1897 seine Bemühungen umschrieb, jene Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitzern und Großindustriellen zu erneuern, die

sich erstmals 1879, anlässlich der Einführung des deutschen Schutzzolls, herausgebildet hatte¹⁸). In den Arbeiten von Eckart Kehr aus den frühen 1930er Jahren¹⁹) und in denjenigen gegenwärtiger Historiker, die sich Kehr verpflichtet fühlen, wird das Konzept der „Sammlungspolitik“ beschrieben als die „Ideologie“ von Staatsmännern, Politikern und einflußreichen Interessengruppen im Wilhelminischen Reich. Dirk Stegmann schreibt dazu: „Die Sammlungsideologie erscheint geradezu als Schlüsselbegriff zum Verständnis der sozialgeschichtlichen Entwicklung des Kaiserreiches seit 1879. Mit ihr wird in eindrucksvoller Weise ein ‚Modell‘ politischen Selbstverständnisses umschrieben, das die Politik der herrschenden sozialen Schichten in voller Kontinuität bis zum Zusammenbruch 1918 bestimmt hat.“²⁰)

Das Modell besagt, daß Bismarck mit Hilfe des Schutzzolles eine „Koalition“ zwischen den beiden mächtigsten Interessengruppen der deutschen Gesellschaft zustande brachte, eine Verbindung, deren Zweck es war, die alte Elite der Großgrundbesitzer mit der neuen Elite der Industrie und der Finanzwelt auf Kosten anderer Gesellschaftsschichten, insbesondere aber des Proletariats, zu vereinen. Wie im Fall der „Negativen Integration“ wird auch dem durch „Sammlungspolitik“ zustande gebrachten Bündnis die Funktion zugeschrieben, die Fortentwicklung vom Halb-Absolutismus zum demokratischen Regierungssystem aufgehalten zu haben. Der Verlauf der „Modernisierung“ in Deutschland war daher im Vergleich zu anderen westlichen Ländern unvollständig – eine Schlußfolgerung, die in den Kontext der These von der Kontinuität der deutschen Geschichte von Bismarck zu Hitler paßt.

Beide Erklärungsmodelle für Bismarcks Herrschaftstechnik, das der „Negativen Integration“ und das der „Sammlungspolitik“, ähneln einander insofern, als sie dahin tendieren, Deutschland in zwei Lager zu teilen. Sie unterscheiden sich in den angegebenen

¹⁸) G. Eley, Sammlungspolitik. Social Imperialism and the Navy Law of 1898, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15 (1974) 31, zitiert im folgenden: Eley, Sammlungspolitik.

¹⁹) E. Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901, Berlin 1930; H.-U. Wehler (Hg.) Primat der Innenpolitik, Berlin 1965.

²⁰) D. Stegmann, Bismarcks Erben, Köln/Berlin 1970, 13; H.-U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, 102, im folgenden zitiert: Wehler, Imperialismus; H. Boehme, Politik und Ökonomie in der Reichsgründungs- und späten Bismarckzeit, in: M. Stürmer (Hg.), Das kaiserliche Deutschland, Politik und Gesellschaft 1870–1918, Düsseldorf 1970, 5, 26–49.

Kausalitäten und Motivationen. „Negative Integration“ mobilisierte die „in group“ gegen die „out group“ auf der Basis einer gemeinsamen Furcht, zuerst vor dem politischen Katholizismus, dann vor einer sozialistischen Unterwanderung. „Sammlungspolitik“ verband die „in group“ auf der Basis des gemeinsamen Interesses an einer Erhaltung des sozialökonomischen Status quo. Aber wer, so ist zu fragen, war in diesem Fall die „out group“?

Es ist schwer zu verstehen, warum in den Jahren nach 1878 die „out group“ der „Sammlungspolitik“ mit der „out group“ der „Negativen Integration“, nämlich der Arbeiterschaft, identisch sein soll. Es war doch vielmehr so, daß das Schutzzollsystem auch viele andere Interessengruppen betraf, Kaufleute z. B., die mit ausländischen Waren handelten, Fabrikanten, die von eingeführten Rohstoffen abhängig waren, Landbesitzer aus dem Nordosten, deren Getreide mit russischem Getreide auf dem Transport zu den westeuropäischen Märkten gemischt wurde, und überhaupt alle Verbraucher sowohl von industriellen wie auch landwirtschaftlichen Produkten. Aber akzeptieren wir vorläufig das Modell so wie beschrieben: ein 1879 von Bismarck aufgebauter Solidaritätsblock, der aus Großindustriellen und Großgrundbesitzern „mit Spitze gegen das Proletariat“ bestand²¹⁾.

Und nochmals müssen wir fragen. War die Logik des Modells tatsächlich die Logik Bismarcks?

Es scheint kein Zweifel darüber zu bestehen, daß die Einführung des Schutzzolles sowohl für landwirtschaftliche wie auch für industrielle Erzeugnisse im Jahre 1879 Bismarcks Idee war. Seine eigenen Worte lassen klar die Absicht erkennen, das politische Leben Deutschlands von der Parteienpolitik weg auf die Interessenpolitik hin zu orientieren. Des weiteren besteht Grund zu der Annahme, daß die Integration der älteren Elite der Grundbesitzer in die neue Elite des Industrie- und Finanzkapitals ein Hauptziel der politischen und gesellschaftlichen Überlegungen Bismarcks war. Ebenso wird klar, daß die Schutzzollregelungen der Jahre 1879 und 1885 einen wichtigen Schritt in diese Richtung bedeuteten. Trotzdem reicht die Tragfähigkeit des Modells „Sammlungspolitik“ nicht aus, um Bismarcks soziale und politische Ziele nach 1879 adäquat zu beschreiben.

Der Begriff „Sammlungspolitik“ gewann seine Bedeutung im Verlauf einer hochkonjunkturellen Aufschwungphase (1894–1914),

²¹⁾ Wehler, Krisenherde 155.

die gekennzeichnet war durch wachsende Nachfrage, steigende Produktion, neue Investitionen und rasch wachsenden Wohlstand. Im nachhinein indes wurde der Begriff für eine Abschwungphase angewandt, in der das Gegenteil der Fall war: rückläufige Nachfrage, mörderische Konkurrenz, Bankrotte, fallende Erzeugerpreise, Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit. Wir dürfen die grundlegenden Unterschiede zwischen diesen beiden Situationen nicht aus den Augen verlieren, weil diese Unterschiede wichtig sind für unsere Beurteilung der Forderung nach staatlicher Protektion durch Schutzzoll. Während einer Hausse erscheint ein Schutzzoll habgierig, eine gewissenlose Ausbeutung der Masse der Verbraucher durch Industrielle und Landbesitzer. Das Drängen nach Schutzzoll während einer Baisse hingegen wird ganz anders beurteilt.

Während der späten siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts sahen sich die deutschen Industriellen mit einer ungewöhnlich kritischen Situation konfrontiert. Die vorangegangenen Wirtschaftsstörungen waren, ähnlich den heutigen Rezessionen, nichts weiter als Rückschläge im Verlauf einer langen Periode wirtschaftlicher Blüte. Fast zur gleichen Zeit gab es auch in der deutschen Landwirtschaft Anzeichen von Strukturproblemen, Anzeichen, die in den frühen achtziger Jahren in eine Krise mündeten, wie sie gleichzeitig in der Industrie herrschte. Unter diesen Umständen war der Schutzzoll eine natürliche Erscheinung. Seinen Befürwortern galt er als die einzige Rettung aus der Katastrophe. Nicht nur für die industriellen Unternehmer, sondern auch für ihre Arbeitskräfte, nicht nur für die Großgrundbesitzer, sondern auch für den kleinen Bauern und für die Arbeitskräfte, die sie beide beschäftigten. Als die Protektionisten in der Zeit von 1876 bis 1885 über die Notwendigkeit hoher Zölle für den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Gesamtvermögens, des Armen so gut wie des Reichen“²²⁾ sprachen, meinten sie (einschließlich Bismarck) wahrscheinlich das, was sie sagten. In jüngeren Arbeiten neigen Historiker dazu, die Revolutionsfurcht als vorherrschenden sozialen und politischen Beweggrund dieser Jahre zu bezeichnen. Vermutlich wurden die Geschäftsleute aber viel mehr beunruhigt durch Bankrott- und Liquidationsfurcht, eine Furcht, die ihre Arbeiter zu teilen vermochten. Revolution war eine Gefahr der Zukunft, Bankrott eine Sorge der Gegenwart.

²²⁾ Bismarck, Politische Reden, Bd. 10, 473.

Das Modell der „Sammlungspolitik“, so wie es für die Bismarckzeit angewandt wird, neigt dazu, das Hauptziel des Kanzlers in der Zollgesetzgebung des Jahres 1879 zu verschleiern. Bismarcks innenpolitisches Hauptziel war seit 1875 eine Steuerreform, deren Wesen darin bestand, die indirekten Steuern im Reich zu erhöhen, um dank der dadurch gewonnenen Überschüsse, die den einzelnen Bundesstaaten überwiesen werden sollten, die direkten Steuern in Preußen als Staatssteuern abschaffen zu können.

Während der ganzen Zeit seiner Kanzlerschaft war Bismarck ein steter Befürworter der indirekten Besteuerung. Er war immer der Ansicht, daß Zölle und Verbrauchssteuern leichter zu ertragen seien und von allen Bevölkerungsschichten eher akzeptiert würden als Klassensteuern, Einkommenssteuern oder Grund- und Gebäudesteuern. Die Last der Schutzzölle, so argumentierte er, würde nicht von den deutschen Verbrauchern, sondern von den ausländischen Herstellern getragen, die die Kosten auf sich nähmen, um ihre Anteile auf dem deutschen Markt nicht zu verlieren.

Sollte dies ein Akt bewußter Irreführung gewesen sein? Oder beruhte dieses Argument einfach auf einem falschen Wirtschaftsverständnis und einer Fehleinschätzung der sozialen Folgen, die indirekte Steuern hervorrufen konnten? Die Tatsache, daß Bismarck nicht nur im Parlament, sondern auch während der Geheimberatungen der Regierung ständig diese Meinung vertrat, spricht für die Richtigkeit der zweiten, nicht der ersten Schlußfolgerung²³). Wir haben keinen Grund zu zweifeln, daß er wirklich glaubte, die Zollregelung vom Jahre 1879 sei für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber gleichermaßen notwendig.

Mit dieser Ansicht stand Bismarck keineswegs allein. In den Petitionen, mit denen die Reichskanzlei in Berlin während der Schutzzollagitation der Jahre 1873–1879 überschwemmt wurde, finden sich die Unterschriften Tausender von Bergarbeitern, Fabrikarbeitern und Handwerkern²⁴). Die Annahme, daß Arbeiter instinktiv und aus Eigeninteresse Anhänger des Freihandels seien, wird durch die Geschichte der Schutzzollagitation sowohl in Deutschland wie auch in anderen Ländern widerlegt. Ausländische Konkurrenz, die

²³) Vgl. besonders seine Marginalien zur zweiten Verwendungsgesetzvorlage: Das Zentralarchiv der Deutschen Demokratischen Republik, Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 2084, 109.

²⁴) Das Zentralarchiv der Deutschen Demokratischen Republik, Potsdam, Reichskanzleramt, Nr. 1603–1613.

vor ihren eigenen Augen auf dem Marktplatz mit Erzeugnissen auftritt, mußte Arbeitnehmer genau so beunruhigen wie Arbeitgeber und Investoren. Die Arbeitgeber sahen die Konsequenz in ihren Rechnungsabschlüssen, die Investoren in ihren Dividenden, die Arbeiter in ihren Lohnkürzungen, in kürzerer Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit. Diese Probleme berührten die Arbeiter unmittelbarer als eine mögliche künftige Brotpreiserhöhung, wie sie aus den agrarischen Schutzzöllen resultieren konnte. Überdies fielen die Preise trotz des mäßigen Zolls auf Agrarprodukte Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts weiter. Ein umfassender Schutzzoll zugunsten der Landwirtschaft wurde erst mit dem Zollgesetz von 1885 eingeführt²⁵⁾.

Die Befürworter des Schutzzolles schrieben und sprachen ständig von „wirtschaftlicher Aufrüstung“, von der Notwendigkeit, das Land vor dem Zugriff der ausländischen Wirtschaft zu schützen. Ein Land, das während der Jahre 1875–1878 durch rasch aufeinanderfolgende internationale Krisen verängstigt worden war, dessen erst jüngst errungene nationale Einheit eine ebenso bewußte wie auch unsichere Angelegenheit war, dessen Gesellschaftsordnung durch eine Wirtschaftskatastrophe ging und durch sozialistische Subversion bedroht erschien, diesem Land konnte die Überflutung mit ausländischen Erzeugnissen eine ebenso reale Bedrohung sein wie der Einmarsch ausländischer Truppen. Ein Großteil der Bevöl-

²⁵⁾ Unterschiedliche Ansichten bezüglich des Protektionismus bestanden bei den Sozialdemokraten. Die Parteikongresse von 1876 und 1877 konnten keine feste Position weder für, noch gegen die Schutzzölle erreichen. 1876 beschloß der Kongreß, „dass die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muss.“ Protokoll des Sozialisten-Kongresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876 (Berlin, 1876), S. 89. 1877 wich der Kongreß der Streitfrage aus („Geht der Congress über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über“) nach einer Diskussion, die starke Meinungsgegensätze unter den Delegierten offenbarte. Protokoll des Sozialisten-Kongresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877 (Hamburg, 1877), S. 33–34. Von den neun Fraktionsmitgliedern stimmten vier (Bebel, Liebknecht, Fritzsche und Wiemer) gegen und einer (Kayser) für die Eisentarife im Jahre 1879, vier enthielten sich der Stimme. Kayser verteidigte seine Zustimmung mit dem Argument, daß die „sachverständigen objektiven Personen“ der Regierungs-Enquetekommission wie auch der Zentralverband der deutschen Industriellen die Zollsätze empfohlen hätten. L. Rathmann, Bismarck und der Übergang Deutschlands zur Schutzzollpolitik (1873/1875–1879), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1956) 943–944.

kerung, einschließlich der Arbeiter, empfand den „Schutz der nationalen Arbeit“ weder als propagandistischen Betrug noch als Leerformel. Die Zentrumspartei, die in ihrer sozialen Zusammensetzung alle Interessengruppen vertrat, fand sich zu einer, wenn auch kritischen, Unterstützung bereit, ohne die die Schutzzölle nicht hätten durchgebracht werden können. Auch dies zeigt, daß Großgrundbesitzer und Großindustrielle durchaus nicht von allen als alleinige Nutznießer der Schutzzölle betrachtet wurden.

Die Forschungen von Puhle, Kaelble und Eley zeigen, daß das Modell „Sammlungspolitik“ den Grad der Vertrautheit und des gemeinsamen Interesses überschätzt, der die besitzenden Klassen Ende der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts und später verband²⁶⁾. Diese Überschätzung gilt auch für die durch das Schutzzollgesetz von 1879 gestiftete Verbindung zwischen Großagrariern und Großindustriellen. Ihre Interessen waren nicht identisch. Industrielle Arbeitgeber hatten großes Interesse an der Schaffung und Erhaltung einer disziplinierten Arbeiterschaft. Was die Arbeiterschaft gefährdete, konnte auch den Betrieb gefährden²⁷⁾. Zölle auf Agrarimporte aber mußten unweigerlich die Lebensmittelkosten erhöhen und konnten wiederum zu Lohnerhöhungen führen, die diese Mehrkosten ausgleichen sollten. Großgrundbesitzer waren ebenso gezwungen, in Anbetracht der Auswirkungen von Eisen- und Stahlzöllen die Preise für Landmaschinen und Werkzeuge, die sie zum Ausgleich für die Abwanderung ihrer Arbeiter in die Städte einsetzten, neu zu kalkulieren, oder aber die in die Industrie abwandernden deutschen Landarbeiter durch „ausländische Wanderarbeiter“ zu ersetzen²⁸⁾. Daß sie in den Jahren 1879 und 1885 den protektionistischen Kurs wählten, zeigt, daß Großindustrielle und

²⁶⁾ H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich 1893–1914*, Hannover, 1966, 143–164; Hartmut Kaelble, *Die industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, Berlin, 1967, 112–147; Eley, *Sammlungspolitik* 29–63.

²⁷⁾ Als eine bedeutende Studie über die Rolle der Industriellen bei der Schaffung und Erhaltung ihrer „work forces“ vgl. L. Schofer, *The Formation of a Modern Labor Force, Upper Silesia, 1865–1914*, Berkeley 1975.

²⁸⁾ Zum Konflikt zwischen industriellen und agrarischen Interessen in der Arbeitsmarktfrage s. K.J. Bade, *Politik und Ökonomie der Ausländerbeschäftigung im preußischen Osten 1885–1914: die Internationalisierung des Arbeitsmarkts im „Rahmen der preußischen Abwehrpolitik“*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 6, 1980, 273–299.

Großagrarier den augenblicklichen Gewinn für sich und ihre Arbeiterschaft höher einschätzten als die letztendlichen Kosten.

Die Schutzzollfrage lenkte die Aufmerksamkeit der Interessengruppen, der Regierungen und der Öffentlichkeit nach außen, auf den Aufbau von Zollmauern und die Konkurrenzfähigkeit ausländischer Industrie. Diese Konzentration aller Beteiligten auf das Ausland machte die Zollpolitik zu einem unbefriedigend verlaufenden Testfall, als es um die Verteilung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Macht im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts ging. Es gibt andere, bessere Tests. Direkte Steuern (insbesondere Klassensteuer, klassifizierte Einkommenssteuer, Grund- und Gebäudesteuer, Börsensteuer, Gewerbesteuer usw.) vertieften in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Kluft zwischen den vermögenden und den nichtvermögenden Gesellschaftsschichten möglicherweise viel entscheidender als die Zölle.

Die Konflikte der achtziger Jahre zwischen Regierung und Interessengruppen und unter den Interessengruppen selbst bilden ein stark vernachlässigtes Thema sowohl der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte als auch der politischen Geschichte. Diese Vernachlässigung kann hier und heute selbstverständlich nicht wieder gut gemacht werden²⁹⁾. Aber ich bin der Meinung, daß diejenigen, die am Modell der „Sammlungspolitik“ festhalten, sich überlegen sollten, warum Henry Axel Bueck, der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, im Jahre 1889, ganze zehn Jahre nach der Einführung des ersten Schutzzolls, zu dem Schluß kam, daß „der Gegensatz der Interessen des Ostens und des Westens der Monarchie noch keinen Ausgleich gefunden hatte... Dieselben Streitfragen, dieselben Interessengegensätze bestehen unvermittelt fort.“³⁰⁾

Wenn der Begriff „Sammlungspolitik“ irgendwelche Bedeutung zur Beschreibung Bismarckscher Herrschaftstechnik haben soll, muß er in einem viel weiteren Sinn verwendet werden. Bismarcks gesellschaftliches und politisches Grundziel war, das alte

²⁹⁾ Weitere Gedanken des Verfassers zu diesem Problem finden sich in: O. Pflanze, Sammlungspolitik 1875–1886. Kritische Bemerkungen zu einem Modell, in O. Pflanze (Hg.), Innenpolitische Probleme.

³⁰⁾ H. A. Bueck, Die bevorstehende Änderung der Gesetzgebung bezüglich der Einkommensbesteuerung, in: Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe 20, Berlin 1889, 47.

preußische „Establishment“³¹⁾ (d. h. Großgrundbesitzer, Adel und Königshaus, Offizierscorps, Beamtenstand und protestantische Kirche) durch Ausweitung seiner sozialen und politischen Basis zu erhalten, ohne doch gleichzeitig seine Verfügungsgewalt über unentbehrliche Positionen politischer Macht aufzugeben. Deswegen auch bemühte er sich, dem „Establishment“ die neue Elite aus dem Bereich der Industrie und Finanzwelt anzugliedern. Darüber hinaus suchte er nach einer noch breiteren Unterstützung, um das erweiterte „Establishment“ zu legitimieren, zu konsolidieren und zu erhalten.

Das waren die Gedanken, die Bismarck 1880 bei der Überlegung leiteten, den Reichstag durch einen Staatsstreich außer Kraft zu setzen. Im Gespräch vom 5. Oktober 1883, das zum Rücktritt Theodor Lohmanns führte, gab Bismarck seine Zukunftspläne preis: „Die Unfallversicherung an sich sei die Nebensache, die Hauptsache sei ihm, bei dieser Gelegenheit zu korporativen Genossenschaften zu gelangen, welche nach und nach für alle produktiven

³¹⁾ Bei geringfügiger Anpassung an die preußische und deutsche Szene scheint mir der englische Begriff „Establishment“ nützlicher als alle Termini, die in letzter Zeit durch sozialwissenschaftlich orientierte Historiker in die deutsche Historiographie eingeführt worden sind. Seine Ursprünge und Definitionen sind im folgenden angemessen beschrieben:

Das Wort ist abgeleitet vom Sprachgebrauch der anglikanischen Staatskirche: Sie ist seit König Heinrich VIII. *established*, etabliert, das heißt, ihre Bischöfe werden von der Krone ernannt und ihre Glaubensartikel vom Parlament festgelegt. Dafür genießt sie Vorrechte gegenüber den „freien Kirchen“, zum Beispiel in ihrem Verhältnis zum Monarchen als dem „Oberhaupt der Kirche“. Im weiteren Sinne gilt heute als *Establishment* das teils sichtbare, teils verborgene Netz von institutionellen, persönlichen, familiären und wirtschaftlichen Verflechtungen maßgebender Gruppen und Persönlichkeiten mit dem Ziel, die bestehende Macht- und Besitzstruktur zu erhalten und, so ein Hauptvorwurf, sich zu diesem Zweck auf Gedeih und Verderb gegenseitig beizustehen. Im unpolemischen Sinne gilt der Oberbegriff *Establishment* für alle herkömmlichen Institutionen, die, demokratisch oder durch Tradition legitimiert, den britischen Staat repräsentieren, ihn beherrschen oder zumindest großen Einfluß haben. Dazu zählen Parlament, Regierung, Krone, die höheren Ränge der Wirtschaft, der Beamtenschaft, der Staatskirche und der Streitkräfte, die hohen Richter sowie gewisse Institutionen, wie die Bank von England. Selbst die *Times* und die BBC werden oft dazugezählt. *Establishment* ist nicht identisch mit Klasse oder Gesellschaft; es sprengt die Grenzen beider. Die Privatschulen, Eton an der Spitze, und die Universitäten Oxford und Cambridge gelten als Pflanzstätten des *Establishment*.

Aktuelles Lexikon: Establishment, Süddeutsche Zeitung, 26. März 1981, S. 2.

Volksklassen durchgeführt werden müßten, damit man eine Grundlage für eine künftige Volksvertretung gewinne, welche anstatt oder neben dem Reichstag ein wesentlich mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung werde, wenn auch äußerstenfalls durch das Mittel eines Staatsstreichs.³²⁾

Was nun waren die „produktiven Volksklassen“, die er bei dieser und bei anderer Gelegenheit erwähnte? In jüngeren historischen Arbeiten scheint man allgemein anzunehmen, daß er damit Landbesitzer und Geschäftsleute meinte. Aber eine vorsichtiger Überprüfung der Quellen zeigt, daß nach Meinung Bismarcks auch Land- und Industriearbeiter produktive Klassen waren. Aus diesem Grund auch wollte er „Arbeiterausschüsse“ in die korporativen Genossenschaften einführen, die sowohl das Unfallversicherungssystem verwalten, als auch ihre eigenen Interessen in einem künftigen Parlament verteidigen sollten, einem Parlament, das sich eher aus Interessengruppen als aus Parteien zusammensetzte. Aus diesem Grund auch erwog er die Nominierung von Arbeitervertretern in den deutschen Bundesrat, wo sie neben den Ministern der deutschen Bundesstaaten ihren Sitz haben sollten³³⁾.

Oder anders ausgedrückt: Wen wollte Bismarck ausschließen, als er von den „produktiven Klassen“ sprach? Wer war unproduktiv? Bismarcks Reden und Schriften zeigen, daß er bei den „Unproduktiven“ zwei Gruppen unterschied. Eine Gruppe bestand aus berufsmäßigen Politikern. Bismarck hoffte, durch Erneuerung des Reichstages auf korporativer Grundlage die Regierung wie den Reichstag selbst von den Berufspolitikern befreien zu können, von denen er glaubte, sie seien mehr an der Erhaltung ihrer Parteien, ihres persönlichen Einflusses und ihrer Ideologien interessiert als am Gemeinwohl.

Eine andere unproduktive Gruppe bestand aus sogenannten „Coupon-Schneidern“, Leuten, die vom Anlagekapital lebten, ohne einen positiven Beitrag zum Produktionsprozeß zu leisten, im Gegensatz zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bismarck griff diese Gruppe wiederholt an, nicht nur mit Worten im Parlament, sondern auch mit Steuervorschlägen, z. B. durch eine auf das Einkommen aus Zinsen und Tantiemen zu erhebende Kapital-Rentensteuer. Die

³²⁾ H. Rothfels, Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905), Berlin 1927, 63–64.

³³⁾ Bismarck an Boetticher, 13. 1. 1884, in: Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 6c, 291.

Berufspolitiker und die „faulen Reichen“, nicht die Arbeiter, waren die Gruppen, die er ausschloß, wenn er von den „produktiven Klassen“ sprach, deren Wohl das Hauptinteresse der Wirtschaftspolitik sein sollte. Gelegentlich wurden die beiden Gruppen in seinen Gedankengängen identisch. „Die Gelehrten ohne Gewerbe, ohne Besitz, ohne Handel, ohne Industrie, die vom Gehalt, Honoraren und Coupons leben, werden sich im Laufe der Jahre den wirtschaftlichen Forderungen des produzierenden Volkes unterwerfen oder ihre parlamentarischen Plätze räumen müssen.“³⁴⁾

Die Monarchie behielt in Bismarcks politischem Denken ihre traditionelle Funktion, nämlich „die Versöhnung der verschiedenen Interessen, deren Widerstreit unsere wirtschaftliche und politische Entwicklung hemmt“³⁵⁾, herbeizuführen. In einer veränderten Welt klammerte er sich an die alte Vorstellung vom Staat als unparteiischer Macht, deren Funktion es war, die Ordnung aufrecht zu erhalten und über die Konkurrenz der Interessen hinweg das Gemeinwohl zu fördern.

Wir kommen nun zu einem dritten Modell für Bismarcks Herrschaftstechnik – zu dem, was man Bismarcks „Bonapartismus“ genannt hat.

Der Begriff wurde von Bismarcks zeitgenössischen Kritikern und Gegnern zur Beschreibung seines Regierungsstils gebraucht. Er ist in neueren Werken in verschiedenen Formen wieder erschienen, in Ausdrücken wie z. B. „Bonapartistische Diktatur“, „Plebiszitäre Diktatur“ und „Cäsarismus“. Diese Begriffe werden oft und ohne zureichende Erklärung und gegenseitige Abgrenzung benutzt, als ob ihre Bedeutung offenkundig sei. Und doch hat Wehler kritisiert, daß niemand „eine moderne Analyse des Bonapartismus als Herrschaftstypus“ geliefert habe, „die man bestimmten Phasen des wirtschaftlichen Wachstums zuordnen kann“³⁶⁾. In der Tat zeigt eine

³⁴⁾ Bismarck an Hobrecht, 25. 5. 1878, in: Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 6c, 110–112.

³⁵⁾ An den Evangelischen Arbeiterverein in Herne, 4. 11. 1884, in: Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14, 955–956.

³⁶⁾ Wehler, Krisenherde 372; Das Fehlen eines Modells hielt Wehler nicht davon ab, großzügigen Gebrauch von diesem Terminus zu machen. Dieser vielfältige und verwirrende Gebrauch hat bei anderen Historikern Fragen über den Wert des Begriffes selbst aufgeworfen. Vgl. L. Gall, Bismarck und der Bonapartismus 618–624; E. Fehrenbach, Bonapartismus und Konservatismus in Bismarcks Politik, und A. Mitchell, Der Bonapartismus als Modell

jüngere Studie die verwirrende Bedeutungsvielfalt auf, mit der dieser Begriff im Laufe der Geschichte gebraucht wurde³⁷).

Wir können daraus zumindest ersehen, was zeitgenössische Historiker *vermutlich* mit diesem Ausdruck meinen, den sie so frei verwenden und so selten definieren. Bonapartismus wäre demnach eine Herrschaftstechnik, die darauf abzielt, eine autoritäre politische Ordnung, die durch eine „Revolution von oben“ in der „take-off“-Phase der Industrialisierung an die Macht kam, zu legitimieren und zu stabilisieren. Ziel des Bonapartismus war es, die vermögende Klasse vor einem liberalen oder sozialistischen Radikalismus zu schützen, den die unteren Klassen selbst propagierten oder der von anderen zu ihren Gunsten propagiert wurde. In der Außenpolitik beutete der Bonapartismus Ideen und Gefühle des Nationalismus aus, um die Bevölkerung von inneren Streitfragen und Unzufriedenheiten abzulenken. In der Innenpolitik versuchte er, die Bedürfnisse jeder wichtigen Interessengruppe zu befriedigen (in Frankreich z. B. die der Finanziers, Industriellen, Kaufleute, Arbeiter, Landbesitzer, Bauern, Bürokraten, Armeeeoffiziere und der Katholiken). Im allgemeinen Wahlrecht oder im Plebiszit bot der Bonapartismus die Möglichkeit, allgemeine Wünsche zu äußern, ohne jedoch politische Macht auszuüben.

Abermals müssen wir uns fragen: wie gut stimmte Bismarcks Logik mit der Logik des Modells überein?

Bismarcks Regierung schlicht als eine „bonapartistische Diktatur“ zu beschreiben und das französische Plebiszit mit dem deutschen allgemeinen Wahlrecht gleichzusetzen, ist offensichtlich eine Verzerrung. Sogar ein oberflächlicher Vergleich der Regierungssysteme des deutschen Reiches und des zweiten französischen Empires und der persönlichen Autorität Bismarcks und Napoleons III. (vor der Einführung des „Empire libéral“ in den späten sechziger Jahren) zeigt so deutliche Unterschiede, daß sie hier nicht näher expliziert werden müssen. Aber andere Charakteristika der beiden Regierungsformen rechtfertigen durchaus einen Vergleich mit Hilfe des Modells „Bonapartismus“.

der Bismarckschen Reichspolitik, in: Bonapartismus, Beihefte zur Francia 6 (1977) 39–76.

³⁷) D. Groh, Cäsarismus, Napoleonismus, Bonapartismus, Führer, Chef, Imperialismus, in: O. Brunner, W. Conze u. R. Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Stuttgart 1972 ff., Bd. 1, 726–771.

Betrachten wir zuerst die Außenpolitik. Im Jahre 1869 gab Bismarck dem Reichstag gegenüber zu, daß er es für ratsam gehalten habe, seine Politik der preußischen Expansion mit nationalen Argumenten zu rechtfertigen: „... nach der heutigen Situation Europas, nach dem heutigen Stande der Zivilisation ist es unmöglich, aus heimlichen, vielleicht später von der Geschichte zu erratenden Kabinettsgründen große politische und vielleicht sogar kriegerische Aktionen vorzunehmen. Man kann nur noch aus nationalen Gründen – aus Gründen welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird – Krieg führen.“³⁸⁾ Napoleon, ein ehemaliger Carbonare, hat vielleicht tatsächlich an die nationale Selbstbestimmung als Ideal für die Neuorganisation Europas geglaubt. Für Bismarck war sie nur ein Werkzeug der Realpolitik. Der Unterschied ist wichtig, weil Bismarcks Außenpolitik nach 1871 im Sinne des Modells nicht bonapartistisch war.

Betrachten wir nun den anderen Gesichtspunkt des Modells, nämlich die Legitimation und die Stabilisierung einer durch Revolution etablierten Regierungsform, die ständig in Gefahr war, durch Revolution abgelöst zu werden, deren Ziel wiederum darin bestanden hätte, alle wichtigen Interessengruppen zu beruhigen und zu vereinen. Zweifellos gab es eine starke „populist tendency“ in Bismarcks Weltanschauung. Der Brandenburger Junker, der im März 1848 Schönhauser Bauern nach Potsdam führen wollte, um den König der Loyalität seiner Untertanen zu versichern, scheint niemals daran gezweifelt zu haben, daß die Masse der Bevölkerung monarchistisch dachte. Als er 1866 das allgemeine Wahlrecht einführte, nahm er an, daß mindestens 90% der Bevölkerung loyal zur Monarchie stünden. Später behauptete er immer wieder, daß „reichsfeindliche“ Abgeordnete und Parteien nicht den wirklichen Volkswillen vertreten würden. Die Wahl von Vertretern der Zentrumsparterie, der Sozialdemokraten und der Linksliberalen, aber auch von welfischen Partikularisten, polnischen Nationalisten und elsässischen Protestlern war seiner Meinung nach das Werk von ultramontanen Priestern, radikalen Agitatoren, Berufspolitikern, polnischen Adelligen und frankophilen Bürgern, die die Wähler irreführen wollten.

Im Parlament und in der Presse rief er die Wählerschaft dazu auf, diesen Reichsfeinden, die sich als Parasiten von dem sonst gesunden Staatskörper ernährten, eine Abfuhr zu erteilen. Während

³⁸⁾ An den Reichstag, 22. 4. 1869, in: Bismarck, Politische Reden, Bd. 4, 200.

des Kulturkampfes wollte er die Ultramontanen, nicht die Katholiken angreifen; und mit dem Sozialistengesetz meinte er gegen eine doktrinäre Unterwanderung, nicht gegen die Proletarier zu kämpfen. Alle entsprechenden Reaktionen Bismarcks waren gegen die feindlichen Anführer und Agitatoren selbst, nicht gegen ihre Anhänger gerichtet. Sein Ziel war es, die feindliche Führung zu vernichten, nicht jedoch, sich deren Wählern zu entfremden. Sein Haß auf all jene, die seine Anschauungen nicht teilten, seine Bereitschaft, ihre Beweggründe und ihren Patriotismus in Frage zu stellen, entsprangen einer narzistischen Überzeugung, daß er allein im Recht sei, aber auch einer unerschütterlichen Zuversicht, daß die Nation als ganzes hinter ihm und nicht hinter seinen Gegnern stehe. Daß er damit die deutsche Nation in zwei Lager spaltete, war nicht der Genialität, sondern der Unzulänglichkeit seiner Herrschaftstechnik zuzuschreiben. Die Realpolitik, die sich für seine außenpolitischen Unternehmungen allzu nützlich erwies, wirkte selbstzerstörerisch, sobald sie auf die deutsche Innenpolitik angewandt wurde. Sie war für kurzfristige, taktische Siege, nicht aber für langfristige, strategische Ziele geeignet.

Fragen wir an dieser Stelle nach dem Verhältnis der bislang diskutierten drei Modelle zueinander. Ergänzen sie einander in dem Versuch, Bismarcks politische Handlungsweise zu erklären? Sind sie derart aufeinander bezogen, daß alle drei nebeneinander verwendet werden können, um Bismarcks Ziele und seine konkreten Versuche zu ihrer Verwirklichung zu erklären?

Offensichtlich nicht. Das Modell Bonapartismus, wie es auf Bismarck angewandt wird, steht in direktem Gegensatz zu den Modellen „Negative Integration“ und „Sammlungspolitik“. Der Bonapartismus ist ein Konsensmodell, d. h., eine Herrschaftstechnik, deren Hauptziel in der Innenpolitik darin bestand, die Loyalität und Unterstützung *aller* Interessengruppen zu gewinnen. „Negative Integration“ und „Sammlungspolitik“ aber waren Herrschaftstechniken, die als Konfliktmodelle bezeichnet werden müssen. Sie spalteten die Interessengruppen absichtlich (Negative Integration) oder unvermeidlich (Sammlungspolitik) in zwei Lager, in dasjenige der „in group“ und dasjenige der „out group“. Konflikt und Konsens aber stehen in direktem Gegensatz zueinander. Der Zweck eines Plebiszits ist nicht, die Nation zu spalten, sondern ihre Einheit zu beweisen. Wenn Bismarcks Herrschaftstechnik als „Negative Integra-

tion“ oder als „Sammlungspolitik“ (so, wie dieser Terminus gewöhnlich definiert worden ist) zu verstehen wäre, könnte sie nicht gleichzeitig als „plebiszitäre Diktatur“ nach dem Muster Napoleons III. beschrieben werden. Umgekehrt gilt das gleiche.

Das Leben ist voller Widersprüche, und Bismarcks Politik war keine Ausnahme. Aber Modelle sind Abstraktionen des wirklichen Lebens; sie sind dazu da, die funktionalen Zusammenhänge menschlicher Verhaltensweisen zu erklären. Wenn Modelle irgendetwas erklären sollen, muß man die Widersprüche dieser funktionalen Zusammenhänge berücksichtigen. In unserem Falle scheint der Widerspruch nicht einmal bemerkt, geschweige denn erklärt worden zu sein. Ich glaube, daß Bismarck nicht den Konflikt, sondern den Konsens suchte. Ihn aus diesem Grund als Bonapartisten zu bezeichnen, scheint mir kein großer Gewinn für die Geschichtswissenschaft. Napoleon III. und Bismarck regierten in einem Zeitalter, in dem Staatsmänner, welcher Art ihre Verfassungssysteme auch immer sein mochten, zunehmend dazu gezwungen wurden, die gesellschaftliche Basis ihrer politischen Macht zu erweitern. Was in dieser Hinsicht für Napoleon III. und Bismarck galt, traf auch für Disraeli, Gladstone, Cavour und eine Vielzahl anderer Staatsmänner des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts zu. Die Suche nach einer solchen Basis ist ein Hauptcharakteristikum jeder modernen Politik. Die Techniken, die dabei zum Einsatz kamen, waren so verschieden wie die Leute selbst, die dieses Ziel verfolgten. Betrachtet man den Begriff „Bonapartismus“ von dieser breiten Perspektive her, wird rasch klar, wie wenig brauchbar er eigentlich für wissenschaftliche Diskussionen ist.

Das vierte Modell der Herrschaftstechnik Bismarcks ist das des „Sozialimperialismus“. Der Begriff ist zwar alt, doch hat Hans-Ulrich Wehler ihm die Bedeutung gegeben, die er in der neueren Geschichtsschreibung hat. Nach Wehlers Modell war die mit dem Börsenkrach von 1873 einsetzende und mit nur kurzen Erholungsphasen bis Mitte der 1890er Jahre andauernde Weltwirtschaftskrise für die „herrschenden Klassen“ eine traumatische Erfahrung. Der verzweifelte Wettbewerb um Absatzmärkte, die fallenden Warenpreise und der sinkende Geldwert, die wachsenden sozialen Unruhen und der Sozialismus führten westliche Regierungen nicht nur zum Protektionismus, sondern auch zu einer Expansion in die minderentwickelten Regionen Afrikas, Asiens und des Pazifischen Ozeans.

Mit Wehlers Worten: „Das häufig ausschließlich betonte dynamische Element, das in dem Wachstum der Industrie mit ihrer Überproduktion und der hektischen Suche nach Märkten zutage trat, verschlang sich von Anbeginn an mit einer bewußt sozialdefensiven Haltung, die sich des Imperialismus als gesellschaftspolitischen Integrationsmittels bedienen wollte. Auch dem frühen deutschen Imperialismus war die Funktion einer ‚Abwehrideologie‘ (Bracher) gegen die auflösenden Einwirkungen der Industrialisierung auf das Sozial- und Wirtschaftsgefüge zu eigen. Der Sozialimperialismus war die moderne, in entscheidendem Maße sozialökonomisch motivierte Form einer alten, schon von Machiavelli beschriebenen Herrschaftstechnik: um der Bewahrung des sozialen und politischen Status quo willen die inneren Bewegungskräfte und Spannungen nach außen abzulenken.“¹⁹⁾

Im Gegensatz zu den Modellen „Negative Integration“ und „Sammlungspolitik“ wird uns mit dem „Sozialimperialismus“ ein Modell präsentiert, das den Anspruch erhebt, nicht nur Bismarcks Verhalten zu erklären, sondern auch das Verhalten all jener, die während der Jahre, bevor Bismarck sich 1883–1884 der kolonialen Frage annahm, in Deutschland für Kolonien agitierten. Und nicht nur das, dieses Modell liefert uns – wie Modelle es tun sollten – eine vergleichende Perspektive. Man geht davon aus, daß die Regierungen und herrschenden Klassen aller Länder, die sich an dem, was gewöhnlich als „der neue Imperialismus“ bezeichnet wurde, beteiligten, ähnliche Motive hatten. Somit bietet das Modell „Sozialimperialismus“ eine weit umfassendere Perspektive als jedes der anderen Modelle. Ob es zur Erklärung des englischen, französischen, amerikanischen und italienischen Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts ausreicht, kann hier nicht untersucht werden. Unser Problem ist, ob es die Motive deutscher Kolonialagitatoren in der Bismarckzeit und speziell Bismarcks eigene Motive erklärt.

Wiederum ist die Funktion des Modells klar; auch die Beweggründe, die es Bismarck zuschreibt, sind immanent logisch. Doch müssen wir noch einmal fragen: Entspricht die Logik des Modells der Logik Bismarcks?

In Wehlers Beschreibung sind zwei miteinander verbundene Motivationsebenen zu unterscheiden, von denen die eine weitgehend wirtschaftlicher, die andere weitgehend sozialer Art ist: 1) Die

¹⁹⁾ Wehler, Imperialismus 115; auch in: Wehler, Krisenherde 135–161.

Suche nach sicheren Auslandsmärkten, um die Überschüsse abzusetzen, die in einer Zeit der Wirtschaftskrise durch industrielle Expansion produziert wurden, und 2) die Notwendigkeit, ein „Sicherheitsventil“ für soziale Unruhen zu schaffen und dadurch ein soziales und politisches System zu stabilisieren, das von denselben Interessengruppen beherrscht wird, wie sie im Modell „Sammlungspolitik“ ermittelt wurden. Schutzzoll und Kolonialimperialismus waren nichts anderes als zwei sich ergänzende Strategien, mit denen die „herrschenden Kreise“ den sozialen und politischen Zwiespalt in Deutschland, der für die deutsche Katastrophe im 20. Jahrhundert verantwortlich gemacht wird, zu verdecken suchten.

Zweifellos hat das Modell „Sozialimperialismus“ unsere Aufmerksamkeit auf ein grundlegendes Motiv für den neuen Imperialismus der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts gelenkt. Ob es die deutsche Außenpolitik nach 1894, der Zeit jenes großen weltwirtschaftlichen Aufwärtstrends, erklären kann, ist aus offensichtlichen Gründen fraglich⁴⁰). Uns beschäftigt hier jedoch die Frage, ob es zur Erklärung der kolonialen Agitation Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts genügt. Die dem Modell zugrundeliegenden Motive finden sich in den Schriften der drei prominentesten und erfolgreichsten Kolonialpropagandisten: Friedrich Fabri, Ernst von Weber und Wilhelm Hübbe-Schleiden. Bei sorgfältigem Studium ihrer Bücher zeigt sich jedoch, daß die Motive des Modells nicht das ausschließlich entscheidende Thema ihrer Werke sind.

Nehmen wir Fabris weitverbreitete Propagandaschrift *„Bedarf Deutschland der Colonien?“* als Beispiel. Der „Kernpunkt unserer wirtschaftlichen Nöthe“, war für Fabri, „die Übervölkerung und ihre Folgen“. Die Auswanderung von Millionen Deutscher nach Übersee, insbesondere nach Nordamerika, wo sie sich schnell an die anglo-sächsische Kultur anpaßten, bedeute einen Verlust für die deutsche Zivilisation. Auf den abschließenden Seiten legt Fabri seinem kolonialen Anliegen die Erfordernisse des deutschen „Kulturstaates“ und „Machtstaates“ zugrunde. Sein letzter Satz resümiert sein Hauptargument: „Will das neue Deutsche Reich seine wieder

⁴⁰) Vgl. die Kritiken von G. Eley, *Defining Social Imperialism: Use and Abuse of an Idea*, in: *Social History* 1 (1976) 265–290; W.J. Mommsen, *Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus*, in: K. Holl und G. List (Hg.), *Liberalismus und imperialistischer Staat*, Göttingen 1975, 109–147.

gewonnene Machtstellung auf längere Zeiten begründen und bewahren, so wird es dieselbe als eine Cultur-Mission zu erfassen und dann nicht länger zu zögern haben, auch seinen colonisatorischen Beruf aufs Neue zu bethätigen.“⁴¹⁾ Das Modell läßt die Ziele, die den Kolonialpropagandisten am wichtigsten erschienen, zugunsten einer einseitigen Konzentration auf wirtschafts- und sozialimperialistische Beweggründe außer acht. Dem Problem von Bevölkerungsexplosion und überseeischer Massenauswanderung widmet Wehler einen knappen beiläufigen Exkurs⁴²⁾.

Die Entscheidung zum Erwerb von Kolonien kam jedoch von Bismarck, nicht von den Agitatoren und Propagandisten. Die Motive, die Bismarck veranlaßten, während der Jahre 1883–1884 seine bisherigen Vorbehalte gegen die Errichtung von Protektoraten in Afrika aufzugeben, entsprechen dem Modell eher als jene, die die Propagandisten äußerten. Er glaubte nicht, daß die Regierung und private Unternehmungen, indem sie die Auswanderungsströme gezielt in imperiale Kolonien oder in Regionen wie Südafrika, Paraguay oder Südbrasilien lenkten, zur Germanisierung von Teilen anderer Kontinente und somit zur Erweiterung der Gebiete „deutscher Zivilisation“ beitragen konnten. Er verachtete deutsche Auswanderer, weil sie sich anderen Kulturen so schnell anpaßten. Er erwartete jedoch, daß die Kolonien neue Absatzmärkte für deutsche – auch kleine – Industriezweige und damit neue Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter schaffen würden⁴³⁾. Er ging wie viele andere davon aus, daß sich die Küstenprotektorate zu Zugangswegen ins Innere Afrikas entwickeln würden, wo „Hunderte von Millionen“ Eingeborener wohnten, die sich allmählich daran gewöhnen würden, europäische Waren zu kaufen⁴⁴⁾.

⁴¹⁾ F. Fabri, *Bedarf Deutschland der Colonien? Eine politisch-ökonomische Betrachtung*, Gotha 1879, 22, 112. Zur Kritik an Wehlers Interpretation von Fabri vgl. K. Bade, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit*, Freiburg 1975, 21–24.

⁴²⁾ Wehler, *Imperialismus* 155–157; vgl. dazu die Gesamtdarstellung des Wanderungsgeschehens bei K. J. Bade, *Massenwanderung und Arbeitsmarkt im deutschen Nordosten von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg: überseeische Auswanderung, interne Abwanderung und kontinentale Zuwanderung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 20 (1980) 265–323.

⁴³⁾ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 29768, 42–45, 57–59, 140–144, 150–160, 165.

⁴⁴⁾ Bismarck, *Politische Reden*, Bd. 11, 78.

Daß Bismarck in erster Linie wirtschaftliche Gewinne im Sinne von Bodenschätzen und Absatzmärkten hervorhob, die deutsche Protektorate bereitstellen könnten, beweist eine Übereinstimmung seiner Motive zumindest mit der ersten, weitgehend wirtschaftlichen Ebene des Modells „Sozialimperialismus“. Entsprachen sie aber auch der zweiten, vornehmlich sozialen Ebene? Sah Bismarck in seinem kolonialen Wagnis ein Mittel, „um der Bewahrung des sozialen und politischen status quo willen die inneren Bewegungskräfte und Spannungen nach außen abzulenken?“ Die Dokumente, in denen Bismarcks Gedanken und Entscheidungen über die Kolonien aufgezeichnet sind, handeln nahezu ausschließlich von dem zu erwartenden wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland und von den Problemen, die ihr Erwerb für die deutsche Außenpolitik aufwerfen würde. Daß der Gedanke an die erhoffte wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien (Absatzmärkte und Profite für die deutsche Industrie und das deutsche Kapital) untrennbar verbunden war mit dem Gedanken an die erhoffte soziale Bedeutung (Arbeitsplätze, Löhne und Zufriedenheit der Arbeiter) sei unbestritten. Daß Bismarck, die Kolonialpropagandisten und die Geschäftsleute an beide Werte gedacht haben, besonders in einer Zeit der Wirtschaftskrise, sollte uns nicht wundern.

Doch die zweite Ebene des Modells „Sozialimperialismus“ beinhaltet eine noch weitere Perspektive, nämlich die Erwartung, daß der Imperialismus zum Abbau innenpolitischer Spannungen dienen könne, indem er die in diesen Spannungen enthaltenen Energien umleite, ähnlich wie ein Blitzableiter aus einer sich verfinsternden Wolke elektrische Energie ableitet. Erwartete Bismarck so viel von der imperialistischen Politik, die er mit der Errichtung von Schutzgebieten in Afrika und im Pazifik einleitete? Erwartete er hier eine Lösung zu finden für die inneren sozialen und politischen Konflikte, die das preußisch-deutsche Establishment gefährdeten? Es ist erwiesen, daß seine Nachfolger später von ihren Abenteuern in der Außen- und Kolonialpolitik, die zu den auslösenden Faktoren des Ersten Weltkrieges zählten, etwas in dieser Richtung erwarteten. Wir sind daher hier mit der Frage konfrontiert, ob Bismarck ein Glied in der außenpolitischen Gedanken- und Aktionskette (Primat der Innenpolitik) war, die zur deutschen Katastrophe im 20. Jahrhundert führte.

Bismarcks Metapher war nicht die des Blitzableiters, sondern die des „Tors“, das man offenhalten und schließen kann, je nach-

dem, was man auf der anderen Seite vorfindet⁴⁵). Er dachte in Begriffen von Gewinn und Verlust und war schnell ernüchtert, wenn der Verlust höher war als der Gewinn. Die meisten deutschen Geschäftsleute, Industrielle und Geldgeber – wie im übrigen auch die der anderen Länder – fanden die Kolonien unrentabel. Die deutschen Schutzgebiete ließen sich nicht nach dem Vorbild der British East India Company durch private Gesellschaften regieren; sie mußten in Kolonien umgewandelt werden, von deutschen Beamten regiert und von deutschen Truppen bewacht werden. Unter diesen Umständen überwogen die Kosten für den Staat bei weitem ihren Nutzen für die deutsche Wirtschaft. Um 1888 wünschte sich Bismarck sehnlichst, er hätte Deutschland niemals in den „Kolonialschwindel“ verwickelt und erwog, die deutschen Interessen in Südwestafrika, Ostafrika und Samoa zu verkaufen oder (im Fall Südwestafrika) zu „abandonnieren“⁴⁶).

Hätten Bismarcks Motive mit der zweiten Ebene des Modells „Sozialimperialismus“ übereingestimmt, so hätte die Frage des finanziellen Gewinns oder Verlustes nicht eine solche Bedeutung erlangt. Wären die deutschen Kolonien in seinen Augen aufgrund ihres „Blitzableitercharakters“ für die innere Stabilität der deutschen sozialen und politischen Ordnung lebenswichtig gewesen, so wären sie gegen Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts um so notwendiger gewesen, als sich herausstellte, daß das Sozialistengesetz und die Sozialversicherungsgesetze nicht dazu beitrugen, die gefürchtete soziale Unruhe abzuwehren. Offensichtlich ging Bismarck über die ökonomische Ebene des Modells „Sozialimperialismus“ nicht hinaus⁴⁷).

Die Begeisterung einiger Historiker für das Modell „Sozialimperialismus“ hat sie jedoch dazu geführt, diesen Begriff nicht nur auf Bismarcks kolonialpolitische Maßnahmen in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts anzuwenden, sondern auf seine gesamte Außenpolitik von 1866 bis 1890. Selbst wenn das Modell auf die

⁴⁵) Bismarck, Politische Reden, Bd. 11, 141–142.

⁴⁶) A. v. Brauer, Im Dienste Bismarcks, Berlin 1936, 289–290, im folgenden zitiert: Brauer, Im Dienste Bismarcks; Frhr. L. v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart 1920, 500–501.

⁴⁷) Vgl. hierzu insbesondere die eindringliche Kritik Paul Kennedys: German Colonial Expansion. Has the „Manipulated Social Imperialism“ been Ante-Dated?, in: Past and Present 54 (1972) 134–141; W. J. Mommsen, Imperialismstheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, Göttingen 1980², 76–80.

Kolonialpolitik von 1883–1886 vollständig zuträfe – eine höchst zweifelhafte Annahme –, gibt es eine Reihe von Gründen, die gleichen Motive nicht in Bismarcks Außenpolitik vor oder nach dieser Zeit zu suchen. Das deutsche Abenteuer des Kolonialimperialismus wurde zu einem Zeitpunkt relativer Ruhe in der europäischen Politik unternommen, einer Zeit, in der die aus zwei kritischen Gebieten erwachsenden Spannungen (zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich Elsaß-Lothringens und zwischen Österreich, Rußland und England bezüglich des Balkans) stark nachgelassen hatten. Die Kolonien konnten ohne Gefahr für Deutschlands außenpolitische Beziehungen auf dem europäischen Kontinent erworben werden. Nur unter diesen Umständen konnte der „Primat der Innenpolitik“ verfolgt werden. Um 1886 erreichten diese Spannungen wiederum einen Höhepunkt. Die anschaulichste Erklärung für Bismarcks Meinungsänderung ist seine berühmte Antwort auf Hermann von Wissmanns Traum von einer neuen deutschen Einflußsphäre in Zentralafrika. „Das führt uns zu weit“, war Bismarcks Antwort. „Die englische Interessensphäre geht bis zu den Quellen des Nils, und das Risiko ist mir zu groß. Ihre Karte von Afrika ist ja schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier“ – nach links deutend – „liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte: das ist meine Karte von Afrika.“⁴⁸⁾

Mit dem Modell „Sozialimperialismus“ haben sozialwissenschaftlich orientierte Historiker ohne Erfolg versucht, das ältere Modell zu ersetzen, das nicht nur Historikern und Politikwissenschaftlern seit langem bekannt war, sondern von Staatsmännern mindestens 400 Jahre lang praktiziert worden war, nämlich das des Gleichgewichts der Kräfte. Wenn Historiker in Modellen denken *müssen* (was sich keineswegs als notwendig erwiesen hat), so sollte das Modell des europäischen Gleichgewichts den Verfechtern der „Systemanalyse“ gleichwohl einer größeren Beachtung wert sein. Bismarck war einer der geschicktesten Praktiker der Diplomatie des Gleichgewichts der Kräfte in der Geschichte der internationalen Politik. Er verstand von den Erfordernissen jenes Systems vielleicht mehr als jeder andere Staatsmann der neueren Zeit. Es scheint keinen vernünftigen Grund dafür zu geben, daß wir alte Erkenntnisse über Bismarcks Mentalität und Verhalten, die das System des Gleichgewichts der Kräfte liefert, nur deswegen aufgeben sollten,

⁴⁸⁾ Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 8, 646.

weil wir zusätzliche (und nicht so neue) Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Politik gewonnen haben. Bismarcks Einwand gegenüber Eulenburg im Kronrat vom 28. Februar 1866 war keine zufällige Episode. Was er in jenem kritischen Augenblick der deutschen Geschichte ausdrückte, war sein fundamentaler Standpunkt zum Verhältnis von Außen- und Innenpolitik, der sein politisches Denken und Handeln durchweg bestimmte. „Auswärtige Politik und wirtschaftliche Angelegenheit dürfen nie miteinander verquickt werden“, sagte er in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. „Beide balancieren in sich selbst. Wenn man die eine mit der anderen belastet, so geht das Gleichgewicht verloren.“⁴⁹⁾

In der Strukturanalyse der deutschen Sozialgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts steckt ein merkwürdiges Paradoxon. Einerseits wird der Lauf der Geschichte während der Jahre 1806 bis 1933 vielfach deterministisch und nachgerade entpersonalisiert gesehen. Der Weg zur nationalsozialistischen Machtübernahme erscheint als eine Einbahnstraße ohne Seitenstraßen, ohne Gassen und Wendemöglichkeiten. Andererseits wird die Rolle, die Bismarck persönlich in dieser Entwicklung spielte, merkwürdig überschätzt. Die Modelle „Negative Integration“, „Sammlungspolitik“, „Bonapartismus“ und „Sozialimperialismus“ beschreiben seine Herrschaftstechnik als die eines Genies, die gerade deshalb, weil sie als so genial empfunden wurde, den unglücklichen Verlauf der deutschen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung so entscheidend beeinflußt hat. Dieses Bild ähnelt auf merkwürdige Weise dem, das Bismarcks Bewunderer und Lobredner aus früheren Historiker-Generationen entworfen haben – angefangen bei Heinrich von Sybel, über Erich Marcks, A. O. Meyer bis hin zu Hans Rothfels. Obgleich sie die Frage unterschiedlich beurteilen, ob Bismarcks Entscheidungen für Deutschland gut oder schlecht gewesen seien, sind beide Schulen der Historiographie – die alte, politisch und die neue, sozialgeschichtlich orientierte – doch gleichermaßen beeindruckt vom Geschick dieses Mannes, den Verlauf der Geschichte zu bestimmen.

Das ist die Logik der Historiker. Aber wiederum stellt sich die Frage: War das die Logik Bismarcks?

⁴⁹⁾ An H. Hofmann, in den neunziger Jahren, Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 9, 400.

Wenn die Befürworter der neuen sozialgeschichtlichen Richtung sich nach der Art der Annales-Schule auf jene tieferen Strukturen konzentriert hätten, die unter der Oberfläche der bloßen Ereignisebene liegen, wären sie vielleicht Bismarcks eigener Einschätzung seiner Leistungen näher gekommen. Keinem Staatsmann nämlich waren die Grenzen dessen, was ein Mann in solcher Position erreichen kann, mehr bewußt als ihm. Vom Anfang seiner politischen Laufbahn bis zu ihrem Ende sprach er vom „Strom der Zeit“, auf dem der Staatsmann das Staatsschiff steuern müsse, über den er aber keine weitere Macht habe. Und auch die Fähigkeit des einzelnen, den Geschichtsablauf wirklich zu bestimmen, beurteilte er während seiner ganzen Regierungszeit gleichermaßen pessimistisch. „Ich bin einfach“, sagte er 1888 „als ich ins Mannesalter kam, von der Woge der Geschichte in die Höhe gerissen worden und habe mich oben zu halten gewußt.“⁵⁰⁾

Für viele Staatsmänner wäre es heutzutage schon ein Erfolg, wenn sie sich überhaupt so lange an der Macht halten könnten. Bismarck aber quälte 1890 der Gedanke, daß er seine Arbeit unvollendet zurücklassen müsse. Sicher, er konnte auf große Erfolge in der Außenpolitik zurückblicken. Sein diplomatisches Geschick und die militärische Macht Preußens hatten in den Jahren 1864–1871 die deutsche politische Struktur verändert. Nach diesem Zeitpunkt aber spielt die Außenpolitik keine kreative Rolle mehr. Diese lag nun bei der Innenpolitik, dort, wo es galt, das Erreichte zu sichern, eine Aufgabe, für die Bismarck in zunehmendem Maße persönlich die Verantwortung übernahm.

Trotz einiger, meist taktischer Erfolge erreichte Bismarck nicht die Ziele, die er sich und Deutschland gesetzt hatte. Die Zentrumspar-
tei überlebte den Kulturkampf, die Sozialdemokratische Partei das Sozialistengesetz, die ethnischen Minderheiten die Assimilationsverordnungen. Es gelang ihm weder, die eigentliche Macht des Reichstags zu beschränken, noch eine anhaltende parlamentarische Mehrheit für seine Regierung zu gewinnen. 1890 stand auch keineswegs fest, ob die Linksliberalen (die Progressiven und die Freisinnigen) sich politisch niederzwingen ließen. Auf die Verbindung zwischen Großgrundbesitzern und Großindustriellen, wie sie 1879 hergestellt worden war, konnte er sich in Zollfragen verlassen, nicht aber in Belangen, die andere Bereiche seines Programms betrafen. Die Finanzre-

⁵⁰⁾ An Brauer 29. I. 1888, Im Dienste Bismarcks, 196.

form, die Bismarck 1875 erarbeitet und bis 1890 unnachgiebig verfolgt hatte, kam nie zustande. Die von ihm erworbenen Schutzgebiete mußten in Kolonien umgewandelt werden, die, ohne der deutschen Wirtschaft zu helfen, die Reichsfinanzen belasteten. Bismarcks Herrschaftstechnik war also innenpolitisch nicht nur nicht genial, sie war ihrem Wesen nach einfach nicht dazu geeignet, auch nur eines seiner innenpolitischen Hauptziele zu verwirklichen.

Modelle und Idealtypen werden im allgemeinen zur Veranschaulichung von Gruppen- oder Massenverhalten entwickelt. Klassische Beispiele dafür sind Max Webers protestantische Ethik, Ernst Troeltschs Religionstypen und der Freudsche Ödipuskomplex. Wie die statistische Analyse zeigt, können Modelle im Zeitalter des Computers auch zur Erklärung von Wesensmerkmalen eines Massenverhaltens fruchtbar konstruiert werden. Einzelne, dem Modell widersprechende Fälle dürfen dabei in Anbetracht ihres statistischen Gewichts, das sie für das Gesamtmodell haben, als atypisch ausgeklammert werden. Je kleiner die Personengruppe ist, deren Verhalten mit einem Modell analysiert werden soll, desto schwieriger wird es, das Atypische auszuklammern. Abweichungen von der Norm häufen sich leicht so stark, daß sie die Gültigkeit des Modells selbst gefährden. Die Abweichungen können so zahlreich und weitgehend sein, daß sie das Modell jeglicher Erklärungskraft berauben.

Die im vorliegenden Aufsatz erörterten Modelle stellen uns vor noch größere technische Schwierigkeiten, weil ihr Gebrauch in der neueren Geschichtsforschung eher biographischen als vergleichenden Charakter anzunehmen droht. Das Modell „Negative Integration“ wurde in der Tat speziell zur Erklärung von Bismarcks Herrschaftstechnik entwickelt (unbeschadet von Sauers kurzem und beiläufigem Verweis auf seine Anwendung durch die dorischen Eroberer des antiken Sparta). Das Modell „Sammlungspolitik“ wurde zur Erklärung der Regierungstechnik späterer Kanzler entwickelt und rückwirkend – und anachronistisch – auf Bismarck angewandt. Es diente nicht zu Vergleichszwecken, sondern zum Nachweis einer Kontinuität. Von den vier Modellen haben nur das des „Bonapartismus“ und des „Sozialimperialismus“ wirklich vergleichenden Charakter. Dennoch haben wir festgestellt, daß niemand uns eine präzise Beschreibung des „Bonapartismus“ geliefert hat. Lediglich das Modell „Sozialimperialismus“ wurde in Wehlers Werk vollständig und präzise als vergleichendes Modell dargelegt. Und selbst dieses

wurde in erster Linie auf Bismarck angewandt.

Kurzum: Was uns vorliegt, ist eine Sammlung von Modellen in erster Linie biographischen Charakters. Ihr Hauptzweck ist die Erklärung des Verhaltens einer einzelnen Person, nicht des Verhaltens von Massen oder von Staatsmännern im allgemeinen. Bei der Konstruktion eines Modells, das nur auf eine Person angewandt wird, läßt sich das Atypische nicht ohne Gefahr für das Modell selbst einfach ausklammern. Andererseits kann eine Anpassung des Modells an das Asymmetrische das Modell seiner funktionalen Logik berauben. Modelle, die nicht richtig funktionieren, sind ebenso brauchbar wie Autos, die keine Räder haben.

Ob ein biographisches Modell (d.h. ein Modell, das auf einen einzelnen zutrifft) irgendeinen Vorteil gegenüber konventionellen Erklärungsmethoden der Geschichte bietet, ist fraglich. Wer aber solche Modelle entwickelt und gebraucht, sollte zumindest sicherstellen: 1) daß ihre funktionalen Bezüge das größtmögliche Ausmaß der uns bekannten und relevanten Verhaltensweisen der behandelten Person berücksichtigen. 2) Daß dem Modell – wenn es schon in Anspruch nimmt, „intentionales Handeln“ zu erklären – nicht gerade die unmittelbaren, glaubwürdigen Aussagen der behandelten Person widersprechen und 3) daß, wenn mehrere Modelle benutzt werden, diese miteinander übereinstimmen, vorausgesetzt, sie werden als komplementäre, nicht als alternative Erklärungsmodelle vorgelegt. Nach meinem Dafürhalten entsprechen die Modelle „Negative Integration“, „Sammlungspolitik“, „Bonapartismus“ und „Sozialimperialismus“ diesen Kriterien nicht. Sie können nicht ohne wiederholte Einschränkungen angewandt werden, Einschränkungen, die in ihren Implikationen so weitreichend sind, daß die Brauchbarkeit der Modelle zur Erklärung der Herrschaftstechnik Bismarcks in Frage gestellt werden muß.

Vor langer Zeit beschrieb Max Weber in „Wirtschaft und Gesellschaft“ Wesensmerkmale des Idealtypus in einer Form, die heute noch Gültigkeit hat. „Je schärfer und eindeutiger konstruiert die Idealtypen sind: je weltfremder sie also, in diesem Sinne, sind, desto besser leisten sie ihren Dienst, terminologisch und klassifikatorisch sowohl wie heuristisch.“⁵¹⁾ Modelle und Idealtypen sollte man nicht mit der Wirklichkeit verwechseln. Sie sind das heuristische Instrumentarium, mit deren Hilfe wir die Realität zu verstehen

⁵¹⁾ M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der Verstehenden Soziologie. Tübingen 1972⁵, 10.

suchen und gleichzeitig den Grad der Abweichung des tatsächlichen Verhaltens vom Idealtypus feststellen. Seit Weber haben die Wissenschaftsphilosophen uns ständig warnend darauf hingewiesen, daß Modelle abstrakte Konstruktionen sind. Sie mit der Realität zu verwechseln, wäre „a category mistake“. Was darunter zu verstehen ist, läßt sich mit der Geschichte jenes chinesischen Malers veranschaulichen, der, als er von Gläubigern verfolgt wurde, eine große Gans malte, sich daraufsetzte und wegflog.⁵²⁾

Die Verwendung von Modellen als heuristisches Instrumentarium hat den Vorteil, daß einzelne Abschnitte der Geschichte zum Zwecke der vergleichenden Analyse ausgewählt werden können. Dennoch muß der Historiker, wenn er Vergleiche anstellt, für Unterschiede ebenso hellhörig sein wie für Ähnlichkeiten. Das, was dem Modell nicht entspricht, könnte genau so wichtig und aufschlußreich sein, wie das, was ihm entspricht. Was für Modelle im allgemeinen gilt, gilt um so mehr für vorwiegend biographische Modelle wie diejenigen, die hier überprüft wurden. Wie gezeigt, ist keines der Modelle als solches völlig realitätsfremd. In unterschiedlichem Grade aber gehen alle in zweierlei Hinsicht fehl: 1. In der Annahme, daß die beschriebenen Motivationen von zentraler Bedeutung für das Verhalten waren, das das Modell zu erklären sucht; 2. In der Weigerung – so wie es Max Weber vor langer Zeit in „Wirtschaft und Gesellschaft“ beschrieben hat – Notiz zu nehmen auch von dem, was dem Modell nicht entspricht. Wenn aber Abweichungen von den vier Modellen gesucht werden, dann vermehren sie sich rasch bis zu einem Grad, der die hypothetische Wichtigkeit der Ähnlichkeiten in Frage stellt. Durch Unterschiede werden Ähnlichkeiten relativiert. Zu fragen ist hier weniger danach, ob die Sozialwissenschaften der Historie etwas anzubieten haben, als danach, ob die Historiker von den Methoden, die die Sozialwissenschaftler anbieten, richtigen Gebrauch machen.

Mir scheint, daß für einige Historiker die Modelle „Negative Integration“, „Sammlungspolitik“, „Bonapartismus“ und „Sozialimperialismus“ aufgehört haben, nur heuristisches Instrumentarium zu sein und selbst zur fiktiven historischen Realität geronnen sind. Ich frage mich, ob diese Konstrukte, so verwendet, eine solidere Basis haben als Begriffe wie „Volksgeist“ oder „Weltgeist“ im deutschen Idealismus. Wir können die Gans malen, aber wird sie auch fliegen?

⁵²⁾ M. Rader, *Marx's Interpretation of History*, New York 1979, XV-XVII.